



Solvency and Financial Condition Report 2016

SIGNAL Krankenversicherung a. G.

Steckbrief

Die SIGNAL Krankenversicherung a. G. (SIGNAL Kranken) wurde von der Handwerkskammer Dortmund als „Krankenunterstützungskasse für selbständige Handwerker im Bezirk der Handwerkskammer zu Dortmund“ zu Beginn des 20. Jahrhunderts gegründet. Am 28. Dezember 1907 erteilte der Regierungspräsident Arnsberg die Genehmigung zum Geschäftsbetrieb, den die Kasse am 1. Januar 1908 aufnahm. Nach Fusionen mit anderen Handwerkerkassen firmierte die Unterstützungskasse von 1923 bis 1932 als „Westdeutsche Versicherungsanstalt für selbständige Handwerker und Gewerbetreibende a.G. zu Dortmund“ (WVA). 1927 gründete die WVA die „Mittelstandshilfe Krankenversicherungsanstalt a.G.“ (Mihi) und weitete damit den Versichertenkreis auf weitere Bevölkerungsgruppen aus. Nach einer ersten großen Fusion firmierte die WVA ab 1932 als „Handwerk, Handel und Gewerbe Krankenversicherungsanstalt a.G. zu Dortmund“ (HHG Dortmund). 1937 wurde das Unfallgeschäft über die 1936 durch die HHG gegründete „SIGNAL Allgemeine Unfallversicherungsanstalt a. G. zu Dortmund“ aufgenommen.

Aus der Fusion von HHG und Mihi entstand 1968 die SIGNAL Krankenversicherung a. G. und damit die SIGNAL Gruppe. Nach einer großen Fusion mit drei weiteren Versicherungsvereinen stieg die SIGNAL Kranken ab 1970 in die Spitzengruppe der privaten Krankenversicherer auf.

1999 fusionierten die Dortmunder SIGNAL Gruppe und die Hamburger IDUNA NOVA Gruppe zum Gleichordnungskonzern (GOK) SIGNAL IDUNA Gruppe. Im Rahmen der GOK-Bildung ging die NOVA Kranken in der SIGNAL Kranken auf.

Das Unternehmen ist neben der IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe, dem Deutscher Ring Krankenversicherungsverein a.G. und der SIGNAL Unfallversicherung a. G. eine der Obergesellschaften im Gleichordnungskonzern der SIGNAL IDUNA Gruppe.

Die SIGNAL Kranken zählt zu den 10 größten deutschen privaten Krankenversicherern. Sie hat ihre Stärken in allen Facetten der privaten Kranken- und Pflegeversicherung.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	5
A.1 Geschäftstätigkeit	5
A.2 Versicherungstechnische Leistung	8
A.3 Anlageergebnis	9
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten	9
A.5 Sonstige Angaben	10
B. Governance-System	11
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System	11
B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit	16
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	17
B.4 Internes Kontrollsystem	19
B.5 Funktion der Internen Revision	22
B.6 Versicherungsmathematische Funktion	25
B.7 Outsourcing	25
B.8 Sonstige Angaben	26
C. Risikoprofil	27
C.1 Versicherungstechnisches Risiko	28
C.2 Marktrisiko	30
C.3 Kreditrisiko (= Gegenparteausfallrisiko)	32
C.4 Liquiditätsrisiko	33
C.5 Operationelles Risiko	33
C.6 Andere wesentliche Risiken	34
C.7 Sonstige Angaben	35
D. Bewertung für Solvabilitätszwecke	36
D.1 Vermögenswerte	36
D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen	42
D.3 Sonstige Verbindlichkeiten	44
D.4 Alternative Bewertungsmethoden	46
D.5 Sonstige Angaben	46
E. Kapitalmanagement	47
E.1 Eigenmittel	47
E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung	48
E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung	49
E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwaig verwendeten internen Modellen	49
E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung	49
E.6 Sonstige Angaben	50
Anlagen	51

Zusammenfassung

Die SIGNAL Krankenversicherung a. G. (SIGNAL Kranken) ist ein deutscher Erstversicherer in Form eines Versicherungsver-
eins auf Gegenseitigkeit in der SIGNAL IDUNA Gruppe. Sie betreibt das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft der
Krankenversicherung. Die versicherungstechnische Leistung liegt im Berichtsjahr 2016 über alle Geschäftsbereiche
bei -553.365 TEUR. Das wirtschaftliche Ergebnis der Anlagentätigkeit beträgt 1.040.022 TEUR.

Die stabile Ausrichtung der SIGNAL Kranken wird in diversen Marktstudien positiv gewürdigt. Durch ihre auf Langfristigkeit
ausgerichtete Kapitalanlagestrategie und ihr professionelles Risikomanagement konnte die SIGNAL Kranken ihre Kunden er-
folgreich vor den negativen Auswirkungen der allgemein volatilen Bedingungen auf dem Kapitalmarkt schützen.

Die SIGNAL Kranken bietet ihren Kunden auch nach Umsetzung der neuen Regelungen von Solvency II eine umfassende
Produktpalette für die private Kranken- und Pflegeversicherung an. Die Produkte zeichnen sich durch hohe Sicherheit, Flexibi-
lität und gute Leistungsstärke aus.

Die aktuelle Aufbau- und Ablauforganisation unterstützt die Ziele der Geschäfts- und Risikostrategie. Die SIGNAL Kranken
verfügt über ein wirksames Governance-System, um ein solides und vorsichtiges Management zu gewährleisten. Wesentlicher
Bestandteil im Governance-System sind die vier eingerichteten Governance-Funktionen Risikomanagement, Versicherungs-
mathematische Funktion, Compliance und Interne Revision.

Das Risikoprofil der SIGNAL Kranken ist durch die langfristige Ausrichtung geprägt. Das Basissolvvenzkapital setzt sich zu
60 % aus dem Marktrisiko, zu 38 % aus dem versicherungstechnischen Risiko und zu 2 % aus dem Gegenparteiausfallrisiko
zusammen. Das versicherungstechnische Risiko der SIGNAL Kranken besteht zu 100 % aus dem krankenversicherungstech-
nischen Risiko.

Die nach der Standardformel ermittelte Solvenzkapitalanforderung (SCR) beträgt 232.329 TEUR. Die Mindestkapitalanforde-
rung (MCR) beläuft sich auf 104.548 TEUR. Die Aufstellung der Solvabilitätsübersicht folgt den Vorschriften der §§ 74–87
VAG. Die anrechenbaren Eigenmittel für die Solvenz- bzw. Mindestkapitalanforderung belaufen sich jeweils auf
1.183.300 TEUR. Aus der Gegenüberstellung der Solvenz- bzw. Mindestkapitalanforderung mit den anrechenbaren Eigenmit-
teln ergeben sich zum Berichtsstichtag 31. Dezember 2016 Bedeckungsquoten in Höhe von 509 % (SCR) bzw. 1.132 %
(MCR).

Dieser Bericht über die Solvabilität und Finanzlage (**Solvency and Financial Condition Report = SFCR**) wird zum ersten Mal
seit Inkrafttreten von Solvency II erstellt. Daher werden keine Vorjahresvergleiche ausgewiesen. Das Geschäftsjahr der SIG-
NAL Kranken beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember eines jeden Jahres. Dieser SFCR bezieht sich daher auf den
Stichtag 31. Dezember 2016.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Konkretisierungen aus dem aktualisierten BaFin-Merkblatt vom 29.03.2017 aus zeitli-
chen Gründen nicht vollständig berücksichtigt werden konnten. Dies betrifft insbesondere die im Kapitel D gewählte Reihen-
folge.

Im Bericht werden Zahlen in Tausend Euro (TEUR) angegeben. Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen
Rundungsdifferenzen in Höhe von \pm einer Einheit (EUR, % usw.) auftreten.

A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

A.1.1 Allgemeine Angaben

Die SIGNAL Krankenversicherung a. G. (SIGNAL Kranken) mit Sitz in Dortmund ist ein den Solvency II-Anforderungen unterliegender Erstversicherer des deutschen Marktes in Form eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit. Die Firmenadresse lautet

Joseph-Scherer-Str. 3
44139 Dortmund
www.signal-iduna.de

A.1.2 Informationen zur aufsichtlichen Überwachung

Zuständig für die aufsichtliche Überwachung der Versicherungsgesellschaft ist die

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn

Postfach 1253
53002 Bonn

Tel.: +49 228 / 4108 - 0
Fax: +49 228 / 4108 - 1550

E-Mail: poststelle@bafin.de
De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

Die Gesellschaft ist Teil der ebenfalls durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht überwachten SIGNAL IDUNA Gruppe.

A.1.3 Informationen zum zuständigen Wirtschaftsprüfer

Zuständig für die Wirtschaftsprüfung der Versicherungsgesellschaft ist die

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
60327 Frankfurt am Main

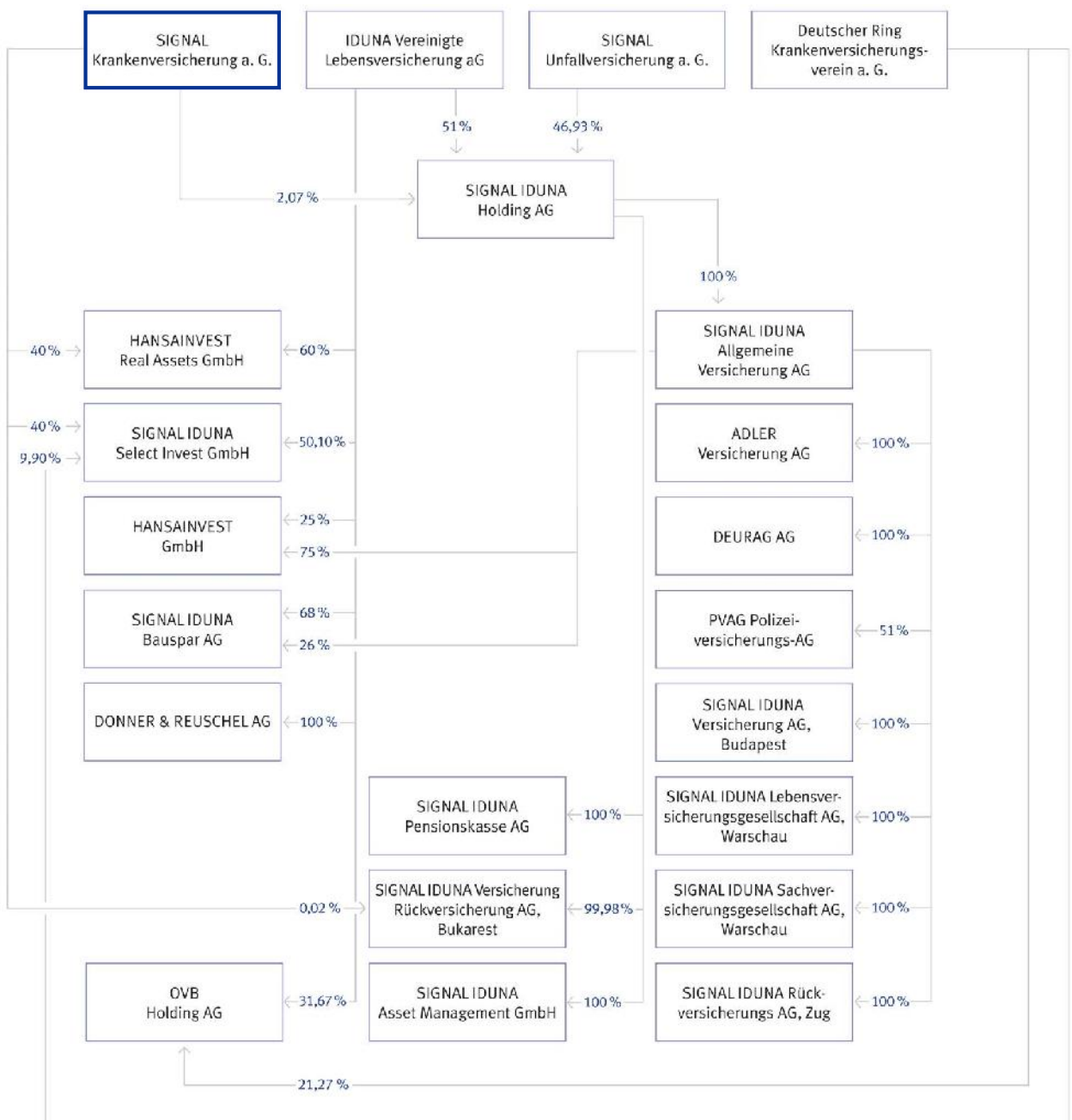
Tel.: +49 69 9585-0
Fax: +49 69 9585-1000
www.pwc.de

A.1.4 Informationen zu den Eigentumsverhältnissen

Die Gesellschaft ist ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, so dass die Versicherungsnehmer gleichzeitig zu 100 % Träger der SIGNAL Kranken sind.

A.1.5 Informationen zur Unternehmensstruktur

Die SIGNAL Kranken stellt eine von vier Obergesellschaften der SIGNAL IDUNA Gruppe dar. Die von der Gesellschaft ausgehenden wesentlichen Beteiligungen sind der nachfolgenden Übersicht zu den wesentlichen Unternehmen und Beteiligungen der SIGNAL IDUNA Gruppe zu entnehmen:



A.1.6 Geschäftsbereiche und Tätigkeitsgebiete

Im Geschäftsjahr 2016 wurden gegen laufenden Beitrag folgende Versicherungsarten betrieben:

- Einzel- / Kollektivversicherung:
 - Krankheitskostenvollversicherung
 - Krankentagegeldversicherung
 - Krankenhaustagegeldversicherung
 - Krankheitskostenteilversicherung
 - Pfl egetagegeldversicherung
 - staatlich geförderte ergänzende Pflegeversicherung

- Einzelversicherung:
 - Pflegepflichtversicherung
 - staatlich geförderte ergänzende Pflegeversicherung

Darüber hinaus wird die Auslandsreisekrankenversicherung angeboten.

Die Geschäftstätigkeit erstreckt sich auf die Bundesrepublik Deutschland und beinhaltet ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft.

A.1.7 Geschäftsvorfälle und Ereignisse

Folgende wesentliche Geschäftsvorfälle oder sonstige Ereignisse, die sich im Berichtszeitraum erheblich auf das Unternehmen ausgewirkt haben, werden dargestellt:

Zukunftsprogramm 2018

Der Vorstand der SIGNAL IDUNA Gruppe hat im Oktober 2014 angekündigt, die Wettbewerbsposition der SIGNAL IDUNA Gruppe mit einem Zukunftsprogramm bis 2018 verbessern zu wollen. Am 14. August 2015 wurden zwischen der IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe (IDUNA Leben), der SIGNAL Krankenversicherung a. G. (SIGNAL Kranken), dem Deutscher Ring Krankenversicherungsverein a.G. (Deutscher Ring Kranken) und den jeweiligen Gesamtbetriebsräten diverse Vereinbarungen (u. a. Eckpunktevereinbarungen, Sozialpläne und Teilinteressenausgleiche) zur konkreten Ausgestaltung der Maßnahmen im Rahmen des Zukunftsprogramms geschlossen. Diese Maßnahmen beinhalten die Anpassung der Prozesse und Strukturen an veränderte Anforderungen, die Auflösung von Komplexität und Doppelfunktionen sowie die Vereinfachung von Prozessen. Hierzu sollen über 100 Mio. EUR zusätzlich in neue Prozesse, Digitalisierung, eine verbesserte Servicequalität und in attraktive Produkte investiert werden. Daneben werden in Vertrieb und Verwaltung bis Ende 2017 voraussichtlich über 1.400 Stellen sozialverträglich abgebaut. Als Ergebnis soll ab 1. Januar 2018 eine Reduzierung von Sach- und Personalkosten in Höhe von mindestens 140 Mio. EUR pro Jahr erreicht werden.

Im Berichtszeitraum ergaben sich bei der SIGNAL IDUNA Gruppe aus dem Zukunftsprogramm 2018 Gesamtaufwendungen in Höhe von 62 Mio. EUR. Diese entfallen im Wesentlichen auf Restrukturierungsaufwendungen (u. a. Abfindungen, Altersteilzeitregelungen, sonstige Ausgleichszahlungen, Entmietungs- und Rückbaukosten) sowie auf Berateraufwendungen.

Der Vorstand attestiert einen im Wesentlichen planmäßigen und somit ungefährdeten Projektverlauf.

A.2 Versicherungstechnische Leistung

In diesem Kapitel werden die versicherungstechnischen Leistungen des Berichtszeitraumes beschrieben.

Die Angaben zu der versicherungstechnischen Leistung leiten wir grundsätzlich aus den Werten per 31. Dezember 2016 in Anlehnung an das Berichtsformular „Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen“ (S.05.01.02) ab. In einer verdichteten Gliederung werden dabei die Beitragseinnahmen, Schadenaufwendungen, Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen und Kosten (Summe der Aufwendungen für Verwaltung, Vermögensverwaltung, Schadenregulierung und Abschluss) sowie die sonstigen versicherungstechnischen Aufwendungen berücksichtigt. Diese Ergebniskomponenten werden im Folgenden dargestellt nach der Unterteilung Brutto, Passive Rückversicherung und Netto. Die versicherungstechnische Leistung drückt sich in dem Nettoergebnis des Gesamtgeschäftes aus.

Die versicherungstechnische Leistung per 31. Dezember 2016 beläuft sich über alle Geschäftsbereiche inklusive der sonstigen versicherungstechnischen Aufwendungen, die nicht den einzelnen Geschäftsbereichen zugeordnet werden, auf -553.365 TEUR. In der folgenden Tabelle sind die einzelnen Ergebniskomponenten dargestellt:

Alle Geschäftsbereiche	Brutto TEUR	Passive Rückversicherung TEUR	Netto TEUR
Verdiente Beiträge	2.049.312,9	-2.390,7	2.046.922,2
Schadenaufwendungen (ohne Schadenregulierungskosten)	-1.617.970,3	475,3	-1.617.495,0
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellung	-623.951,9	0,0	-623.951,9
Kosten inkl. Schadenregulierungskosten	-326.116,0	0,0	-326.116,0
Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	-32.724,2	0,0	-32.724,2
Versicherungstechnische Leistung	-551.449,6	-1.915,4	-553.364,9

Da hier die nach Art der Lebensversicherung betriebene Krankenversicherung nahezu 100 % ausmacht und die nach Art der Schadenversicherung betriebene Krankenversicherung im gesamten Bericht aus Wesentlichkeitsgründen nicht berichtet wird, wird auch hier nur die Gesamtsumme der versicherungstechnischen Leistung ausgewiesen.

Eine Gegenüberstellung der im Berichtszeitraum erbrachten versicherungstechnischen Leistung mit der versicherungstechnischen Leistung der Vorperiode wird erst in künftigen Berichten vorgenommen, da im vorliegenden Format erstmalig berichtet wird.

A.3 Anlageergebnis

A.3.1 Erträge und Aufwendungen aus dem Anlagegeschäft

Das wirtschaftliche Ergebnis der Anlagetätigkeit beläuft sich zum 31. Dezember 2016 auf 1.040.022,4 TEUR und wird in der folgenden Tabelle nach Ergebniskomponenten dargestellt:

Erträge und Aufwendungen aus dem Anlagegeschäft*	2016 TEUR
Erträge aus Mieten	1.498,2
Erträge aus Dividenden	151.490,3
Zinserträge	401.814,5
Laufende Erträge	554.803,0
Gewinne/Verluste aus Veräußerung von Anlagen saldiert	158.791,0
Realisiertes Anlageergebnis	713.594,0
Veränderung der nicht realisierten Gewinne/Verluste saldiert	326.428,4
Wirtschaftliches Ergebnis der Anlagetätigkeit	1.040.022,4

*Angaben gemäß EIOPA-Definition: geringere Abweichungen gegenüber dem handelsrechtlichen Ergebnis

Aus der Kapitalanlage wurden in 2016 554.803,0 TEUR laufende Erträge erzielt – davon 1.498,2 TEUR aus Mieten, 151.490,3 TEUR aus Dividenden und 401.814,5 TEUR aus Zinserträgen. Die Dividendenerträge bestehen aus Ausschüttungen aus Organismen für gemeinsame Anlagen und aus Beteiligungen. Die Zinserträge resultieren im Wesentlichen aus Staats- und Unternehmensanleihen sowie aus Hypotheken. Der saldierte Nettoveräußerungsgewinn resultiert im Wesentlichen aus Veräußerungen von Staats- und Unternehmensanleihen. Der nicht realisierte Nettogewinn erhöhte sich im Berichtsjahr um 326.428,4 TEUR. Grund hierfür ist im Wesentlichen der Rückgang der Zinsen im Jahresverlauf 2016 sowie steigende Marktwerte im Beteiligungsportfolio.

A.3.2 Direkt im Eigenkapital berücksichtigte Gewinne und Verluste

Gemäß den Bilanzierungsvorschriften nach HGB werden keine Gewinne und Verluste im Eigenkapital berücksichtigt.

A.3.3 Anlagen in Verbriefungen

Im Berichtsjahr befanden sich keine Anlagen in Verbriefungen im Bestand.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Das sonstige Ergebnis setzt sich aus den Erträgen und Aufwendungen zusammen, die nicht der Versicherungstechnik und den Kapitalanlagen zugeordnet werden.

Bei der SIGNAL Kranken besteht die sonstige wesentliche Geschäftstätigkeit aus der Vermittlung von Versicherungs-, Bauspar- und sonstigen Sparverträgen für Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe.

Die sonstigen Erträge betragen insgesamt 123.763 TEUR. Sie resultierten im Wesentlichen aus Vergütungen aus erbrachten Leistungen im Rahmen der Vermittlungstätigkeit sowie aus Leistungen für Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe.

Die sonstigen Aufwendungen betragen insgesamt 172.214 TEUR. Die Aufwendungen betrafen im Wesentlichen die Aufwendungen für die Vermittlungstätigkeit sowie für Leistungen für andere Unternehmen in Höhe von 120.111 TEUR. Darüber hinaus entfiel von dem Gesamtaufwand für das Zukunftsprogramm 2018 ein Betrag in Höhe von 15.188 TEUR auf die sonstigen Aufwendungen. Weitere größere Aufwendungen betrafen die Zinszuführungen zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 10.565 TEUR.

Darüber hinaus liegen keine wesentlichen Sachverhalte vor. Die Gesellschaft verzeichnet weder als Leasinggeber noch als Leasingnehmer Leasinggeschäfte.

A.5 Sonstige Angaben

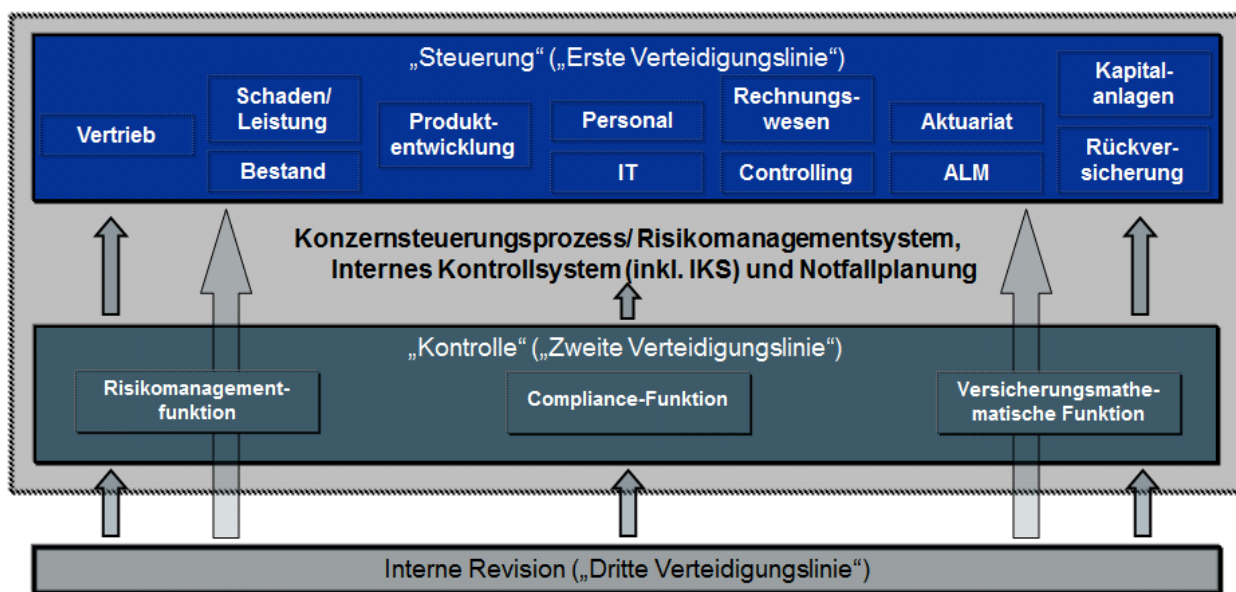
Sonstige wesentliche Angaben liegen nicht vor.

B. Governance-System

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

Die SIGNAL Kranken verfügt über eine wirksame und ordnungsgemäße Geschäftsorganisation gemäß Abschnitt 3 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG). Die Geschäftsorganisation gewährleistet neben der Einhaltung der von den Versicherungsunternehmen zu beachtenden Gesetze, Verordnungen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen eine solide und umsichtige Leitung des Unternehmens.

Die SIGNAL Kranken hat zur Unterstützung der Unternehmensleitung ein Internes Governance-System eingerichtet. Ausgehend von der Risikostrategie folgt das Governance-System der SIGNAL Kranken dem branchenweit anerkannten sogenannten „Modell der drei Verteidigungslinien“. Die nachstehende Grafik verdeutlicht die wesentlichen Eckpfeiler des Governance-Systems der SIGNAL Kranken:



*Quelle: in Anlehnung an GDV, Büsselberg: Governance-Funktionen nach Solvency II

Das Modell der drei Verteidigungslinien

Das Modell ist mit der Aufbauorganisation der SIGNAL Kranken kompatibel. In unternehmensinternen Leitlinien zum Governance-System (z. B. Risikomanagement, Revision) werden entsprechende aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen beschrieben. Durch die in den Leitlinien dargestellten Verfahren, Regelungen und Prozesse wird dem Modell folgend eine angemessene Trennung der Zuständigkeiten sichergestellt.

Zur ersten Verteidigungslinie gehören alle Funktionsstellen, welche die auftretenden Risiken direkt steuern. Die zweite Verteidigungslinie enthält die drei Schlüsselfunktionen Risikomanagementfunktion, Compliance-Funktion und Versicherungsmathematische Funktion. Die Interne Revision ist der dritten Verteidigungslinie zugeordnet.

Zur Ablauforganisation gehören die Prozesse der Konzernsteuerung, das Risikomanagementsystem, das interne Kontrollsystem (IKS) und die Notfallplanung. Die Governance-Funktionen sind als wesentliches Element der internen

Kontrollprozesse integraler Bestandteil der Steuerungsprozesse der SIGNAL Kranken. Die Tätigkeiten der Governance-Funktionen folgen dabei folgenden Grundsätzen:

- Grundsatz der Unabhängigkeit
- Grundsatz der Objektivität
- Grundsatz des vollständigen Informations- und Prüfungsrechts
- Grundsatz der Vertraulichkeit
- Grundsatz der Fachkompetenz
- Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht

Das Governance-System der SIGNAL Kranken wurde mit der Einführung von Solvency II zum 01. Januar 2016 vollständig angepasst und wird laufend weiterentwickelt.

B.1.1 Darstellung der Leitungs- und Aufsichtsorgane

Der Vorstand der SIGNAL Kranken setzt sich aus sieben Mitgliedern zusammen. Eine Übersicht aller Vorstandsmitglieder und ihrer wesentlichen Zuständigkeiten in der aktuellen Zusammensetzung ist nachfolgend dargestellt:

Dipl.-Kfm. Ulrich Leitermann, Dortmund, Vorsitzender

- Lenkung und Koordination der Unternehmensführung
- Angelegenheiten der Organe
- Personal
- Compliance / Recht
- Presse / PR
- Revision
- Konzernentwicklung
- Angelegenheiten der Sprecherausschüsse Innen- und Außendienst

Dipl.-Kfm. Martin Berger, Dortmund

- Finanzen und Finanzprodukte
- Finanztöchter und Beteiligungen
- Immobilien
- Darlehen
- Unternehmensrechnung
- Steuern
- Facility Management
- Zentraleinkauf

Dipl.-Math. Dr. Karl-Josef Bierth, Herdecke

- Produktentwicklung
- Aktuariat
- Underwriting und Leistung Krankenversicherung
- Datenschutz

Dipl.-Kfm. Michael Johnigk, Herdecke

- Außendienstorganisation / Vertriebssteuerung
- Marketing
- Aus- und Weiterbildung / Personalentwicklung
- Unternehmensverbindungen
- Exklusivvertrieb / Freie Vertriebe / Vertriebservice

Dipl.-Kfm. Dr. Stefan Kutz, Dortmund

- Produktentwicklung
- Aktuariat
- Underwriting und Schaden/Leistung Kompositversicherung
- Kreditversicherung
- Rückversicherung
- Ausland

Dipl.-Wirt.-Math. Clemens Vatter, Bönnsen

- Produktentwicklung
- Aktuariat
- Underwriting und Leistung Lebensversicherung
- Planung und Controlling

Dipl.-Volksw. Prof. Dr. Markus Warg, Hamburg

- Betriebsorganisation
- Qualitätsmanagement
- Prozessmanagement
- Softwareentwicklung
- Betrieb der technischen Infrastruktur
- Risikomanagement
- Datensicherheit
- Kunden-Service-Center
- Allgemeine Verwaltung
- Inkasso
- Antrag und Vertrag Krankenversicherung, Lebensversicherung, Kompositversicherung

Die Mitglieder des Vorstands werden durch den Aufsichtsrat im Regelfall für jeweils fünf Jahre bestellt. Sämtliche wesentliche Vorstandsentscheidungen werden in Vorstandssitzungen bzw. Vorstandsbesprechungen getroffen.

Der Aufsichtsrat der SIGNAL Kranken setzt sich aus 15 Personen zusammen. Aufsichtsratsvorsitzender ist Herr Reinhold Schulte. Der Aufsichtsrat tagt zweimal jährlich.

Der Aufsichtsrat hat zur Erfüllung seiner Aufgaben einen Kapitalanlageausschuss und einen Ausschuss für Versicherungstechnik eingerichtet. Die Ausschüsse tagen ebenfalls zweimal jährlich. Die Aufsichtsratsmitglieder werden durch die Mitgliederversammlung für jeweils fünf Jahre gewählt.

B.1.2 Darstellung der vier Schlüsselfunktionen

Im Governance-System der SIGNAL Kranken wurden die vier Schlüsselfunktionen eingerichtet. Diese sind die Interne Revision, die Compliance-Funktion, die Risikomanagementfunktion und die Versicherungsmathematische Funktion.

Interne Revision

Die Interne Revision ist verantwortlich für die laufende Überprüfung der gesamten Geschäftsorganisation und insbesondere des Internen Kontrollsystems im Hinblick auf deren Angemessenheit und Wirksamkeit. Die Funktion der Internen Revision wird durch die Konzernrevision wahrgenommen. Der Inhaber der Funktion berichtet in seiner Rolle als Leitung Konzernrevision direkt an den Vorstandsvorsitzenden der SIGNAL Kranken sowie in seiner Rolle als Schlüsselfunktion direkt an den gesamten Vorstand der SIGNAL Kranken.

Sämtliche Mitarbeiter in der Konzernrevision nehmen ihre Aufgabenstellung selbstständig und unabhängig wahr. Die Konzernrevision ist bei ihrer Aufgabenerfüllung keinen Weisungen oder unangemessenen Einflüssen etwa durch andere Schlüsselfunktionen, den Vorstand oder den Aufsichtsrat ausgesetzt. Im Zuge der Funktionstrennung wird sichergestellt, dass Mitarbeiter der Konzernrevision nicht mit revisionsfremden Aufgaben betraut werden und Personen, die in anderen Funktionsstellen des Unternehmens tätig sind, grundsätzlich keine Aufgaben der Konzernrevision wahrnehmen. Zudem besitzt die Konzernrevision ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht und es besteht eine unverzügliche Informationspflicht aller Funktionsstellen an die Interne Revision, wenn wesentliche Mängel zu erkennen oder wesentliche Schäden aufgetreten sind oder ein konkreter Verdacht auf Unregelmäßigkeiten besteht.

Compliance-Funktion

Die Compliance-Funktion ist verantwortlich für die Einhaltung von externen und internen Regelungen. Die Compliance-Funktion wird durch den Chief Compliance Officer geleitet. Der Inhaber der Funktion berichtet in seiner Rolle als Leitung Recht und Compliance direkt an den Vorstandsvorsitzenden sowie in seiner Rolle als Schlüsselfunktion direkt an den gesamten Vorstand der SIGNAL Kranken.

Die Compliance-Funktion setzt sich zusammen aus dem Chief Compliance Officer, einem zentralen Compliance-Office und dessen zentralen Compliance Officern, den dezentralen Compliance Officern je Ressort und den Compliance-Beauftragten der Tochtergesellschaften. Das zentrale Compliance-Office wird geführt durch den Chief Compliance Officer. Das Compliance-Office beschäftigt sich insbesondere mit der laufenden Überwachung der Einhaltung der externen und internen Gesetze und Regeln, der Weiterentwicklung des Compliance-Management Systems und der weiteren Etablierung des gruppenweit einheitlichen Compliance-Verständnisses. Es unterstützt zudem Mitarbeiter, Führungskräfte und den Vorstand bei der Umsetzung der im Compliance-Kodex der SIGNAL IDUNA Gruppe festgelegten Unternehmensgrundsätze. Sämtliche Mitarbeiter in der Compliance-Funktion unterliegen bei der Wahrnehmung ihrer Compliance-Aufgabe dem fachlichen Weisungsrecht des Chief Compliance Officers. Zudem besitzt die Compliance-Funktion ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht und es besteht eine unverzügliche Informationspflicht aller Funktionsstellen an die Compliance-Funktion, wenn wesentliche Mängel zu erkennen oder wesentliche Schäden aufgetreten sind oder ein konkreter Verdacht auf Unregelmäßigkeiten besteht.

Risikomanagementfunktion

Die Risikomanagementfunktion ist verantwortlich für die operative Durchführung des Risikomanagements. Der Inhaber der Funktion berichtet in seiner Rolle als Leitung Risikomanagement direkt an den Ressortleiter Betrieb und IT

sowie in seiner Rolle als Schlüsselfunktion an das speziell für Themen aus dem Risikomanagementprozess eingerichtete Risikokomitee und direkt an den gesamten Vorstand der SIGNAL Kranken.

Die Risikomanagementfunktion ist zur Förderung der Unabhängigkeit von der Risikosteuerung (Ebene 1) in einer Matrixorganisation aufgestellt und setzt sich aus der Funktionsstelle Zentrales Risikomanagement (zentrale Risikomanagementfunktion), der dezentralen Risikomanagementfunktion je Ressort und der lokalen Risikomanagementfunktion der Finanz- und Auslandstöchter zusammen.

Sämtliche Mitarbeiter in der Risikomanagementfunktion unterliegen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben dem fachlichen Weisungsrecht des Leiters der Risikomanagementfunktion. Zudem besitzt die Risikomanagementfunktion ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht und es besteht eine unverzügliche Informationspflicht aller Funktionsstellen an die Risikomanagementfunktion, wenn wesentliche Mängel zu erkennen oder wesentliche Schäden aufgetreten sind oder wesentliche bzw. bestandsgefährdende Risiken erkennbar werden. Die Mitglieder der Risikomanagementfunktion berichten zu speziellen Sachverhalten im Rahmen von Sitzungen, Stellungnahmen, Berichten und Vorstandsvorlagen an das Risikokomitee bzw. dem Vorstand.

Versicherungsmathematische Funktion

Die Versicherungsmathematische Funktion ist verantwortlich für die Validierung der Angemessenheit der Berechnungen zu den versicherungstechnischen Rückstellungen innerhalb der Solvabilitätsbewertung (Säule I). Für die SIGNAL Kranken ist als Inhaber der Schlüsselfunktion der jeweilige Verantwortliche Aktuar benannt. Somit ist sichergestellt, dass die Versicherungsmathematische Funktion über die fachliche Qualifikation verfügt. Der Inhaber der Funktion berichtet in seiner Rolle als Leitung Mathematik Kranken direkt an den Ressortleiter Kranken und in seiner Rolle als Schlüsselfunktion direkt an den gesamten Vorstand.

Sämtliche Mitarbeiter in der Versicherungsmathematischen Funktion unterliegen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben dem fachlichen Weisungsrecht des Leiters der Versicherungsmathematischen Funktion.

B.1.3 Darstellung wesentlicher Änderungen des Governance-Systems

Das Governance-System der SIGNAL Kranken ist mit Inkrafttreten von Solvency II zum 01. Januar 2016 vollständig eingerichtet worden. Im Zuge dessen wurden die Leitlinien mit Bezug zur Internen Revision sowie zur Compliance-, Risikomanagement- und Versicherungsmathematischen Funktion implementiert. Darüber hinaus wurden auch die sonstigen Elemente zum Governance-System erstmalig in den Regelbetrieb überführt. Im Jahresverlauf 2016 wurden einzelne Leitlinien weiter verfeinert (z. B. Leitlinien zur Datenqualität bzw. Vergütungspolitik bzw. Umsetzung der Anforderungen an Ausgliederungen). Zur Sicherstellung der Anforderungen an die fachliche Qualifikation wurden ab 2016 Schulungen für verantwortliche Personen von Schlüsselfunktionen und darüber hinaus für Aufsichtsräte und Vorstände erfolgreich durchgeführt.

Im Berichtsjahr haben sich keine weiteren wesentlichen Änderungen im Governance-System der SIGNAL Kranken ergeben.

B.1.4 Angaben zur Vergütungspolitik und Vergütungspraktiken

Die Vergütungsleitlinie der SIGNAL Kranken bildet die Grundlage für eine transparente und nachhaltige Geschäftsentwicklung. Die Leitlinie steht mit der Geschäfts- und Risikomanagementstrategie im Einklang. Ein wesentlicher Anteil der Vergütung setzt sich aus dem Festgehalt zusammen. Bei der Bemessung des Festgehalts werden jeweils die

Marktkonformität, die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft, die Entwicklung der Lebenshaltungskosten, der Arbeitsaufwand und der Verantwortungsrahmen als Kriterien herangezogen. Variable Vergütungen werden insbesondere im Rahmen von Zielvereinbarungen für Leitende Angestellte vereinbart. Soweit variable Vergütungen geleistet werden, werden diese nicht an den Einzelzielen und den Unternehmenszielen ausgerichtet oder Vorgaben kurzfristiger Art bemessen. Durch die Ausgestaltung der Vergütungs- und Anreizsysteme werden keine negativen Anreize zum Eingehen von Risiken geschaffen. Vielmehr wird die jährliche Tantieme an der Nachhaltigkeit der erreichten Ergebnisse ausgerichtet. Es wird jeweils das Gesamtergebnis des Konzerns berücksichtigt. Soweit betriebliche Altersversorgungen gewährt werden, werden diese in Form einer beitragsorientierten Unterstützungskasse oder als Direktzusage gewährt. Insgesamt ist der relative Anteil der variablen Vergütung von eher untergeordneter Bedeutung.

B.1.5 Informationen zu wesentlichen Transaktionen

Im Geschäftsjahr 2016 wurden keine wesentlichen Transaktionen mit Mitgliedern der Leitungs- und Aufsichtsorgane oder mit nahestehenden Personen durchgeführt. Gleiches galt auch für die Mitglieder der SIGNAL Kranken, die aufgrund der Rechtsform als VVaG auch Träger der SIGNAL Kranken sind.

B.1.6 Bewertung der Angemessenheit des Governance-Systems

Der Vorstand bewertet die Geschäftsorganisation regelmäßig gemäß § 23 Abs. 2 VAG, wobei der Turnus der Bewertung für einzelne Prüffelder entsprechend dem Risikoprofil der SIGNAL Kranken festgelegt wird. Im Einzelnen wurden folgende Prüffelder definiert:

- Schnittstellen im Governance-System
- Schlüsselfunktionen
- Internes Kontrollsystem
- Datenqualität
- Dokumentation
- Fit & Proper
- Risikomanagementprozess inkl. ORSA
- Ausgliederungen
- Business Continuity Management und Notfallplanung
- Externe Ratings / Interne Kreditrisikobeurteilung

Im Geschäftsjahr 2016 wurde das Governance-System weiter verfeinert. Die erstmalige ganzheitliche Bewertung der gesamten Geschäftsorganisation im Sinne des § 23 Absatz 2 VAG bzw. Abschnitt 8.2 aus dem BaFin-Rundschreiben 2/2017 (VA) „Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen“ (MaGo) ist für das zweite Halbjahr 2017 vorgesehen.

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

Gemäß dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) müssen Personen, die ein Versicherungsunternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselaufgaben wahrnehmen, fachlich geeignet („fit“) und persönlich zuverlässig („proper“) sein, um ein solides und vorsichtiges Management zu gewährleisten. Die tatsächliche Leitung wird bei der SIGNAL Kranken durch den Vorstand wahrgenommen. Zu den Personen, die andere Schlüsselaufgaben wahrnehmen, zählen bei der SIGNAL Kranken Mitglieder des Aufsichtsrates sowie die verantwortlichen Personen der vier eingerichteten Schlüsselfunktionen. Darüber hinaus hat die SIGNAL Kranken keine weiteren Schlüsselaufgaben identifiziert.

Für Vorstand, Aufsichtsrat und verantwortliche Personen von Schlüsselfunktionen gelten aufgrund ihrer Verantwortung für die Leitung und Überwachung der jeweiligen Gesellschaft spezifische, von der BaFin festgelegte Anforderungen in Bezug auf ihre fachlichen und persönlichen Kompetenzen. Die geforderten Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen jeder einzelnen Person bezogen auf die kollektiven Anforderungen an die Zusammensetzung der eingerichteten Gremien stellen sicher, dass auf Basis eines guten Verständnisses für die Geschäftstätigkeit, die Risiken und die Governance-Struktur der Gesellschaften sowie die regulatorischen Rahmenbedingungen gut informierte und kompetente Entscheidungen für die Führung der Gesellschaften getroffen werden.

Die Eignungsbeurteilung von Vorstandsmitgliedern sowie von Aufsichtsratsmitgliedern hinsichtlich der von der BaFin geforderten Kriterien erfolgt durch den Aufsichtsrat. Die Eignungsbeurteilung für die Leiter von Schlüsselfunktionen wird durch den Vorstand vorgenommen. Bei der Eignungsbeurteilung werden verschiedene Kriterien berücksichtigt und anhand dieser wird eine entsprechende Einschätzung hinsichtlich der Einzelkriterien „Fit & Proper“, „Nicht Fit & Proper“ oder mit Auflagen getroffen.

Die interne Eignungsbeurteilung für Neubesetzungen von Vorstandsmitgliedern, Aufsichtsratsmitgliedern und verantwortlichen Personen von Schlüsselfunktionen berücksichtigt die erforderlichen Anzeige- bzw. Zustimmungspflichten gemäß § 47 Nr. 1 VAG. Die erforderlichen fachlichen Kompetenzen der Kandidaten (insbesondere Vorstandsmitglieder und verantwortliche Personen von Schlüsselfunktionen) berücksichtigen die Geschäftstätigkeit und das Risikoprofil der jeweiligen Gesellschaft in angemessener Art und Weise.

Zur Sicherstellung der dauerhaften fachlichen Qualifikation wurde ein Schulungskonzept implementiert. In diesem Schulungskonzept sind

- Grundlagenmodule für die Mitglieder der Aufsichtsräte und
- Vertiefungsmodule für die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie für die verantwortlichen Personen der Schlüsselfunktionen und ggf. Ausgliederungsbeauftragte vorgesehen.

An den Vertiefungsschulungen können auch die Mitarbeiter der Schlüsselfunktionen und sonstige Mitarbeiter teilnehmen. Eine laufende Eignung wird durch regelmäßige/wiederholende Schulungen/Fortbildungen sichergestellt. Die Schulungen werden durch interne Spezialisten durchgeführt.

Die Anforderungen an die fachliche Qualifikation „fit“ und persönliche Zuverlässigkeit „proper“ sowie entsprechend notwendige Voraussetzungen zur Sicherstellung der fachlichen Qualifikation und der persönlichen Zuverlässigkeit und die sich daraus ergebenden Prozesse und Verfahren zur Festlegung der fachlichen und persönlichen Eignung sind darüber hinaus detailliert in einer unternehmensinternen Fit & Proper-Leitlinie dargestellt und werden laufend weiterentwickelt.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

B.3.1 Risikomanagementsystem

Ein wesentliches Ziel des Risikomanagements der SIGNAL IDUNA Gruppe ist die Gewährleistung der Eigenständigkeit der SIGNAL IDUNA Gruppe. Darüber hinaus hat das Risikomanagement zum Ziel, die langfristige Existenz der Gesellschaft sicherzustellen und hierzu die Gesellschaft ausreichend mit Eigenmitteln auszustatten. Dementsprechend sollen nur solche Risiken eingegangen werden, die nicht zu einer den Bestand gefährdenden Situation für die

Gesellschaft führen. Dieses beinhaltet insbesondere den Schutz der Interessen der Versicherten und die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Zentrale Eckpfeiler des Risikomanagementsystems sind die Risikostrategie, die Bildung einer Risikokultur im Unternehmen, die Instrumente und Methoden des Risikomanagements sowie der Risikomanagementprozess.

Der Risikomanagementprozess setzt sich aus der Risikoidentifikation, der Risikoanalyse und -bewertung, der Risikosteuerung und -überwachung sowie der Risikoberichterstattung zusammen.

Zur Risikoidentifikation werden quartalsweise Risikoinventuren und darüber hinaus eine jährliche Emerging Risk-Inventur durchgeführt.

Für alle Einzelrisiken erfolgt eine Risikoanalyse und -bewertung als Teil der Risikoinventur. Die Risiken werden anhand der Eintrittswahrscheinlichkeit sowie der Schadenhöhe bewertet. Dabei erfolgt zum Beispiel eine Angabe der mindestens und maximal zu erwartenden Schadenhöhe. Die getroffenen Maßnahmen sind zu berücksichtigen (Nettobewertung). Darüber hinaus werden die Risiken durch die Berechnung der seit Jahresbeginn geltenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderung sowie mit Hilfe unseres Modells zur unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessments, kurz: ORSA) quantitativ bewertet. In diesem ORSA-Prozess erfolgt zusätzlich eine Analyse der Veränderung des Risikoprofils und der Eigenmittel über den Planungszeitraum.

Die Risikosteuerung und Risikoüberwachung werden durch ein Risikotragfähigkeitskonzept, ein daraus abgeleitetes Limitsystem und ein differenziertes Kennzahlensystem unterstützt, die stetig weiterentwickelt werden.

Die Risikosteuerung liegt in der Verantwortung der Fachbereiche. Die wesentlichen Prozesse zur Risikosteuerung werden in internen Leitlinien definiert. Durch die Trennung des Eingehens von Risikopositionen und der Risikokontrolle stellt die Aufbauorganisation sicher, dass keine Interessenkonflikte entstehen.

Über die im Rahmen des Risikomanagementprozesses und der Risikoinventur als wesentlich erkannten Risiken erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung an den Vorstand.

Innerhalb des Risikomanagements kommen auch Planungs- und Überwachungssysteme zum Einsatz, die es ermöglichen, Ziel-/Ist-Abweichungen zu verfolgen.

Die Überwachungssysteme werden kontinuierlich weiterentwickelt, um die Funktionsfähigkeit sicherzustellen. Darüber hinaus werden, sofern erforderlich, unterjährige Anpassungen des Überwachungssystems durchgeführt.

Für das Versicherungsunternehmen SIGNAL Kranken sind insbesondere das versicherungstechnische Risiko, das Marktrisiko, das Kredit- bzw. Ausfallrisiko sowie das operationelle Risiko - darunter auch Rechtsrisiken - von Belang.

B.3.2 Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung ist Bestandteil des Prozesses zum „Own Risk and Solvency Assessments“ (ORSA) und somit ein Teil des Risikomanagementsystems.

Anhand des eigenen Risikoprofils des Unternehmens wird der unternehmenseigene Kapitalbedarf - auch Gesamtsolvenzbedarf genannt - analysiert und bewertet. Dieser Gesamtsolvenzbedarf muss durch die Eigenmittel, die das Unternehmen als geeignet zur Bedeckung der Risiken erachtet, bedeckt werden.

Unter dem Risikoprofil des Unternehmens wird die Gesamtheit aller quantifizierbaren und nicht quantifizierbaren Risiken verstanden, die durch das Geschäft bedingt sind und denen das Unternehmen kurz-, mittel- und langfristig ausgesetzt ist oder sein könnte. Sie sind die Basis für die Berechnungen zum ORSA.

Es werden angemessene Verfahren, welche die Wesensart, den Umfang und die Komplexität der geschäftsbedingten Risiken berücksichtigen, bei den Berechnungen verwendet und eventuelle Abhängigkeiten zwischen den Risikosubmodulen berücksichtigt. Anhand eines Materialitätskonzeptes werden die Risiken priorisiert. Bei der Berechnung des Gesamtsolvenzbedarfs handelt es sich um eine Stichtagsbetrachtung zum 31. Dezember des Jahres.

Die Verantwortung für die Durchführung des ORSA-Prozesses und die Verabschiedung der Ergebnisse liegt bei den Mitgliedern des Vorstandes, die operative Durchführung bei der Risikomanagementfunktion.

Die Ergebnisse der Berechnungen zum ORSA werden vom Vorstand für das Management des Geschäfts eingesetzt. Es erfolgt eine obligatorische Beurteilung der Auswirkungen von Beschlussvorschlägen in Vorstandsvorlagen auf die ORSA-Ergebnisse. Die Überwachung der Einhaltung von Risikotoleranzschwellen (Limitsystem) pro Risikomodul trägt dazu bei, die Risikotragfähigkeit gemäß Standardformel und die ausreichende Bedeckung des Solvenzkapitalbedarfs im Rahmen der Berechnungen wie auch des Gesamtsolvenzbedarfs mit Eigenmitteln kontinuierlich zu gewährleisten. Es gibt darüber hinaus Hinweise auf eine signifikante Änderung des Risikoprofils und das Erfordernis, einen Ad-hoc-ORSA durchzuführen.

B.4 Internes Kontrollsystem

B.4.1 Beschreibung des internen Kontrollsystems

Entsprechend der Ausführungen des IDW PS 261 (Prüfungsstandard des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland) werden unter einem „Internen Kontrollsystem“ (IKS) die von der Unternehmensleitung im Unternehmen eingeführten Grundsätze, Verfahren und Regelungen verstanden, die auf die organisatorische Umsetzung der Entscheidungen der Unternehmensleitung zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit, zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung und zur Einhaltung der für das Unternehmen geltenden internen Regelungen sowie maßgeblichen rechtlichen Vorschriften gerichtet sind.

Das IKS ist in das Governance-System der SIGNAL Kranken eingebunden und ermöglicht mit der Integration in die ersten zwei Verteidigungslinien des Modells der drei Verteidigungslinien eine systematische Herangehensweise an Risiken. Wesentliche Bausteine des IKS sind

- ein interner Kontrollrahmen,
- angemessene Melderegungen auf allen Unternehmensebenen und

- eine Compliance-Funktion zur Überwachung der Einhaltung der Anforderungen.

Der interne Kontrollrahmen setzt sich dabei zusammen aus prozessintegrierten Kontrollmaßnahmen, Präventionsmaßnahmen und Verwaltungs- und Rechnungslegungsverfahren.

Aufgrund gesetzlicher Normen und externer Prüfungsvorgaben ergeben sich für das IKS insbesondere Anforderungen für den Aufbau und Ausbau einer IKS-Dokumentation der wesentlichen Geschäftsprozesse. Der Fokus liegt hierbei auf den prozessintegrierten Risiken und Kontrollmaßnahmen. Es ergibt sich die Notwendigkeit, die für das IKS als wesentlich zu klassifizierenden Prozesse hinreichend zu dokumentieren und alle geforderten Informationen auch in Verbindung zum Risikomanagementsystem jederzeit für interne oder externe Prüfungen zur Verfügung stellen zu können. Hierzu wird bei der SIGNAL Kranken ein Prozessmodellierungstool genutzt, innerhalb dessen die Darstellung der wesentlichen Prozesse sowohl grafisch als auch tabellarisch erfolgt. Die Ausgestaltung der IKS-Dokumentation orientiert sich an dem GDV-Leitfaden „Dokumentation des Internen Kontrollsystems“.

Die IKS-Prozessdokumentation umfasst alle wesentlichen Geschäftsprozesse inklusive ihrer prozessinhärenten Risiken und Kontrollen. Die Wirksamkeit dieser internen Kontrollen wird regelmäßig durch die jeweils zuständige interne Revisionsfunktion geprüft. Die Dokumentation wird mindestens jährlich und bei Bedarf aktualisiert.

Dem Vorstand wird jährlich über Anpassungen der IKS-Dokumentation berichtet. Insbesondere Neuaufnahmen von Prozessen, Veränderungen von Prozessdokumentationen, Veränderungen der Verwaltungs- und/oder der Archivierungstätigkeiten werden hier dargestellt.

B.4.2 Beschreibung der Umsetzung der Compliance-Funktion

Zuständigkeiten

Der Chief Compliance Officer (CCO) der SIGNAL Kranken ist zuständig für die angemessene und wirksame Ausgestaltung sowie die kontinuierliche risikoorientierte Weiterentwicklung des Compliance-Managementsystems (CMS). Zudem ist er verantwortlich für die Ausgestaltung der zentralen und dezentralen Compliance-Organisationsstrukturen.

Aufgaben

Der Chief Compliance Officer hat insbesondere

- den Vorstand und hierarchieübergreifend die zuständigen Mitarbeiter der SIGNAL Kranken in allen Fragen der Prävention und Reaktion zur Erreichung der Compliance-Ziele sowie bezüglich der Einhaltung von externen und internen Vorgaben für den Betrieb des Versicherungsgeschäfts fortlaufend zu beraten (Beratungsfunktion),
- mögliche Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfeldes für das Unternehmen zu beurteilen (Frühwarnfunktion),
- das mit der Verletzung von rechtlichen Vorgaben verbundene Compliance-Risiko zu identifizieren und zu beurteilen und somit eine regelmäßige Compliance-Risikoanalyse einschließlich Bewertung der implementierten Präventionsmaßnahmen im Hinblick auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit durchzuführen (Risikokontrollfunktion), sowie
- die Einhaltung der Compliance-Anforderungen zu überwachen (Überwachungsfunktion).

Hierzu hat er das CMS kontinuierlich in Bezug auf seine tatsächliche Anwendung, Angemessenheit und Wirksamkeit zu überwachen und nach Maßgabe der festgestellten Compliance-Risiken konzeptionell und instrumentell fortzuentwickeln.

Der dezentrale Compliance Officer (dCO) hat insbesondere

- den Prozess der Risikoidentifizierung und -bewertung zu unterstützen,
- in allen Geschäftsprozessen innerhalb des Ressorts auf die Erreichung der Compliance-Ziele hinzuwirken,
- als erster Ansprechpartner in allen Compliance-relevanten Fragestellungen den Mitarbeitern des Ressorts zur Verfügung zu stehen sowie
- in seinem Ressort mit den zentral zur Verfügung gestellten Informationsinstrumenten die Compliance-Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem Compliance-Office zu überwachen.

Rechte und Kompetenzen

Zur Erfüllung der Aufgaben wurden folgende Rechte und Kompetenzen festgelegt:

- Weisungsrecht
Für alle in seinen Aufgabenbereich fallenden Tätigkeiten hat der CCO Weisungsrechte, die auch die fachliche Weisung der dCO in Bezug auf ihre Compliance-Tätigkeiten umfasst. Sollten Sofortmaßnahmen zur Beseitigung von strafrechtlich relevanten Sachverhalten oder drohenden, erheblichen Reputationsschäden notwendig sein, kann er diese anweisen.
- Zugriff- und Zutrittsrecht, Informationsrecht
Der CCO darf die für seine Aufgabenstellung erforderlichen Informationen erheben beziehungsweise abfragen und verfügt hierfür über alle erforderlichen Zugriffs- und Zutrittsrechte. Darüber hinaus wird er vom Vorstand und allen anderen Unternehmenseinheiten aktiv über alle Tatsachen informiert, die für seine Aufgabenerfüllung erforderlich sind beziehungsweise sein könnten. Die übrigen Mitglieder der Compliance-Funktion haben die für ihre Aufgabenstellung erforderlichen Informationen und erhalten alle notwendigen Zugriffs- und Zutrittsrechte.
- Vetorecht
Der CCO verfügt über ein Vetorecht, wodurch er die Möglichkeit hat, einzelne geschäftliche oder vertriebliche Aktivitäten, Geschäftsbeziehungen oder individuelle Transaktionen abzulehnen, wenn einschlägige Vorschriften oder SIGNAL IDUNA-interne Vorgaben aus seiner Sicht vorübergehend oder endgültig nicht erfüllt sind. Ergänzend dazu haben die übrigen Mitglieder der Compliance-Funktion ein sogenanntes Votumsrecht. Sie können empfehlen, einzelne geschäftliche oder vertriebliche Aktivitäten, Geschäftsbeziehungen oder individuelle Transaktionen abzulehnen, wenn einschlägige Vorschriften oder interne Vorgaben aus ihrer Sicht vorübergehend oder endgültig nicht erfüllt sind. Sollte die Funktionsstelle der Empfehlung nicht folgen, können sie den CCO hinzuziehen, der sein Vetorecht ausüben kann.

Berichtswege

Der CCO berichtet ad hoc und mindestens jährlich dem Vorstand über die Ergebnisse der Umsetzung des Compliance-Plans und die Compliance-Risikosituation der SIGNAL Kranken. Hierzu erstellt er einen Berichtsplan, der auch die Zeitpunkte für die vorbereitenden Berichte der dCO enthält.

Der dCO berichtet ad hoc und mindestens halbjährlich der Ressortleitung seines Zuständigkeitsbereiches sowie dem CCO unmittelbar über alle wesentlichen Beobachtungen und Feststellungen, die sich aus der Durchführung des Compliance- und Überwachungsplans ergeben.

Angaben zur Bewertung der Angemessenheit der vom Unternehmen getroffenen Maßnahmen zur Verhütung einer Non-Compliance

Die getroffenen Maßnahmen werden als angemessen zur Verhütung einer Non-Compliance bewertet. Die Maßnahmen werden laufend weiter verfeinert.

Angaben zur Häufigkeit der Überprüfung der Compliance-Richtlinien und Angaben zu im Berichtszeitraum aufgetretenen Veränderungen der Compliance-Richtlinien

Es findet eine jährliche Überprüfung der Compliance-Richtlinien statt. Abgeleitet aus den daraus resultierenden Überprüfungsergebnissen werden die Compliance-Richtlinien gegebenenfalls überarbeitet und verändert.

B.5 Funktion der Internen Revision

Zuständigkeiten

Die SIGNAL Kranken verfügt über eine Interne Revision, welche die gesamte Geschäftsorganisation und insbesondere das interne Kontrollsystem auf deren Angemessenheit und Wirksamkeit überprüft. Für die SIGNAL Kranken übernimmt die Konzernrevision die Funktion der Internen Revision.

Die Rahmenbedingungen, die für die Umsetzung der Internen Revision gelten, sind in einer Leitlinie festgelegt und durch den Vorstand verabschiedet worden. Die Leitlinie gibt den am Prozess beteiligten Mitarbeitern Handlungsvorgaben. Detaillierte Beschreibungen zu den Verfahren und Vorgehensweisen der Konzernrevision sind in einem Handbuch beschrieben, das für die Mitarbeiter als interne Arbeitsanweisung dient. Dadurch wird sichergestellt, dass sich die Konzernrevision als separate Funktion des Unternehmens an einheitliche Mindeststandards, Regeln und operative Verfahren des Unternehmens hält, um so die Wirksamkeit der Kontrollen und letztendlich auch die Erreichung der Unternehmensziele zu gewährleisten.

Aufgaben

Die Funktion Interne Revision wird durch die Konzernrevision nach der Definition des DIIR/IIA und der EIOPA-Leitlinien wahrgenommen. Die Konzernrevision prüft und beurteilt unter Berücksichtigung des Umfangs und des Risikogehalts insbesondere

- die Funktionsfähigkeit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit des durch die Fachbereiche im Auftrag des Konzernvorstandes eingerichteten Internen Kontrollsystems und aller anderen Elemente des Governance-Systems,
- die Anwendung, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit der Risikomanagementsysteme und des Anweisungs- und Informationswesens,
- die Grundlagen (Datenbasis) für die wesentlichen Entscheidungsprozesse und das interne Berichtswesen,
- die Einhaltung gesetzlicher, aufsichtsrechtlicher und betrieblicher Vorgaben sowie die Umsetzung der Unternehmens- beziehungsweise Vorstandsentscheidungen und
- die Wahrnehmung der Führungsverantwortung im Sinne der Unternehmensleitung.

Die Betrachtung der Kosten und der Wirtschaftlichkeit ist grundsätzlich - neben den Risiken (Risikobetrachtung und -analyse) - Bestandteil der Prüfungshandlungen gemäß den beruflichen Standards.

Ihre Aufgaben übt die Konzernrevision durch planmäßige, risikoorientierte Prüfungen (ex-post und ex-ante) der Aufbau- und Ablauforganisation und des IKS aller Betriebs- und Geschäftsprozesse aus. Hinzu kommen jährliche gesetzliche und aufsichtsrechtliche Pflichtprüfungen. Soweit erforderlich, werden auch außerplanmäßige Prüfungen durchgeführt. Dies ist regelmäßig der Fall, wenn ein konkreter Verdacht auf Unregelmäßigkeiten (z. B. dolose Handlungen bzw. Fraud, akute Risikogefährdung) besteht.

Die Konzernrevision überwacht die Umsetzung vereinbarter Maßnahmen und die Beseitigung festgestellter Mängel im Rahmen des Follow-up-Prozesses gemäß den aufsichtsrechtlichen Vorgaben und den berufsständigen Standards. Die Verantwortung für die inhaltliche und termingerechte Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen trägt die geprüfte Funktionsstelle. Im Rahmen ihrer Aufgaben berät die Konzernrevision den Vorstand und die Fachbereiche, soweit dabei ihre Unabhängigkeit gewährleistet bleibt. In diesem Sinne steht es ihr zu, an den notwendigen Sitzungen, Veranstaltungen und Projektmeetings teilzunehmen. Die Konzernrevision hat die Befugnis, eine Beurteilung und Empfehlung auszusprechen, hat aber gegenüber anderen Funktionsstellen keine Weisungsbefugnis (außer bei Gefahr in Verzug).

Rechte und Kompetenzen

Die Konzernrevision bestimmt Gegenstand, Umfang, Art und Zeit der Prüfungen grundsätzlich nach Risikogesichtspunkten unter Gesamtberücksichtigung des Umfangs der Geschäftstätigkeit selbstständig und unabhängig. Das VAG sieht vor, dass die Interne Revision „objektiv und unabhängig von anderen betrieblichen Funktionen“ sein soll. Weiterhin gilt gemäß des internationalen IIA-Standards 1100, dass die Interne Revision unabhängig sein muss und die internen Revisoren bei der Durchführung ihrer Aufgaben objektiv vorgehen müssen.

Diese Anforderungen decken sich mit folgenden Grundsätzen der Revisionstätigkeit, nach denen die Konzernrevision ihre Tätigkeit wahrnimmt:

- **Grundsatz der Unabhängigkeit**
Die Konzernrevision nimmt ihre Aufgaben eigenverantwortlich und ohne unangemessene Einflüsse (Kontrollen, Einschränkungen oder sonstige Einflüsse), etwa durch andere Schlüsselfunktionen, den Vorstand oder den Aufsichtsrat, wahr. Dies bedeutet auch, dass sie dem Vorstand ihre Ergebnisse, Erkenntnisse, Bedenken, Verbesserungsempfehlungen etc. ohne vorherige ändernde Einflussnahme mitteilen kann.
- **Grundsatz der Objektivität**
Die Mitarbeiter der Konzernrevision sind unparteiisch und unvoreingenommen und frei von Interessenkonflikten. Insofern sind sie verpflichtet, dem Leiter der Konzernrevision jede Situation mitzuteilen, in der eine mögliche oder tatsächliche Beeinträchtigung der Unabhängigkeit oder Objektivität begründet angenommen werden kann.
- **Grundsatz des vollständigen Informations- und Prüfungsrechts**
Die Konzernrevision hat zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben jederzeit ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht. Sie erhält vom Konzernvorstand, den ihm unterstellten Funktionsstellen und von den betroffenen Tochterunternehmen alle für sie notwendigen Informationen und Beschlüsse. Für wesentliche Geschäftsfelder, die auf Dritte ausgelagert sind, nimmt die Konzernrevision das vertraglich eingeräumte Prüfungsrecht wahr.

- Grundsatz der Vertraulichkeit
Die Mitarbeiter der Konzernrevision beachten den Wert und das Eigentum der erhaltenen Informationen und legen diese ohne entsprechende Befugnis nicht offen, es sei denn, es bestehen dazu rechtliche oder berufliche Verpflichtungen.
- Grundsatz der Fachkompetenz
Die Mitarbeiter der Konzernrevision dürfen nur solche Aufgaben übernehmen, für die sie das erforderliche Wissen, die Fähigkeiten und die entsprechende Erfahrung haben. Sie müssen die Anforderung hinsichtlich der fachlichen Eignung und persönlichen Zuverlässigkeit gemäß Fit & Proper-Leitlinie erfüllen. Sie müssen außerdem ihr Wissen, ihre Fähigkeiten und ihre sonstigen Qualifikationen durch regelmäßige Weiterbildung erweitern sowie die Effektivität und Qualität ihrer Arbeit verbessern. Die Konzernrevision muss insgesamt das Wissen, die Fähigkeiten und sonstige Qualifikationen besitzen oder sich beschaffen (Co- und Outsourcing), die erforderlich sind, um ihre Aufgaben wahrzunehmen.

Berichtswesen

Die Interne Revision erstellt einen jährlichen risikoorientierten Revisionsplan, der vom Vorstand genehmigt wird. Der Vorstand wird regelmäßig über die Ergebnisse der Prüfungen der Internen Revision informiert. Zum Quartalsende wird zudem eine Erfolgskontrolle für den Vorstand erstellt, die eine Übersicht über den jeweiligen Erfüllungsgrad der ursprünglichen Jahresplanung enthält.

Der Vorstand erhält außerdem einmal jährlich eine Auswertung über den Umsetzungsstand der noch offenen Maßnahmen zu einem Stichtag. Die Auswertung enthält neben den offenen Maßnahmen, die aus Prüfungen der Konzernrevision resultieren, auch sämtliche offenen Maßnahmen der Tochterunternehmen mit eigener Revision und stellt insbesondere solche Maßnahmen dar, deren Umsetzungstermin überschritten wurde. Die Auswertung ist Gegenstand der Vorstandsbesetzung.

Über die im Geschäftsjahr durchgeführten Prüfungen für die inländischen Versicherungsunternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe sowie deren Ergebnisse erstellt die Konzernrevision nach Jahresablauf einen Bericht für den Vorstand. Der Bericht enthält u. a. neben der Anzahl der durchgeführten Prüfungen die „wesentlichen“, „schwerwiegenden“ und „besonders schwerwiegenden“ Feststellungen der Konzernrevision im Berichtszeitraum (abgelaufenes Geschäftsjahr) sowie die ergriffenen Maßnahmen und den Stand der Mängelbeseitigung.

Der Aufsichtsrat wird über die Tätigkeiten der Konzernrevision im abgelaufenen Geschäftsjahr sowie die durchgeführten Prüfungen/Prüfungsergebnisse, den Stand der Maßnahmenumsetzung und die Prüfungsplanung für das laufende Jahr durch den Vorstand informiert.

Außerhalb der periodischen Berichterstattung kann bei Bedarf (z. B. bei Verstößen gegen aufsichtsrechtliche oder gesetzliche Anforderungen) eine unverzügliche Berichterstattung an den Vorstand oder an den Vorstandsvorsitzenden erfolgen.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Zuständigkeiten

Der Inhaber der Versicherungsmathematischen Funktion (VMF) ist zuständig für die Koordinierung und Validierung der Berechnungen versicherungstechnischer Rückstellungen für Zwecke von Solvency II.

Aufgaben

Die wesentlichen Aufgaben der VMF sind:

- Koordinierung der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen
- Bewertung der Hinlänglichkeit und der Qualität der Daten, die bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen zugrunde gelegt werden
- Formulierung einer Stellungnahme zur generellen Zeichnungs- und Annahmepolitik
- Formulierung einer Stellungnahme zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen
- Unterrichtung des Vorstands über die Verlässlichkeit und Angemessenheit der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen

Rechte und Kompetenzen

Die Versicherungsmathematische Funktion der SIGNAL Kranken bestimmt Gegenstand, Umfang, Art und Zeit der Prüfungen im Rahmen der festgelegten Aufgaben grundsätzlich nach Risikogesichtspunkten unter Gesamtberücksichtigung des Umfangs der Geschäftstätigkeit selbstständig und unabhängig.

Berichtswesen

Die Versicherungsmathematische Funktion fasst ihre wesentlichen Prüfungsinhalte und Feststellungen mindestens einmal jährlich in einem Bericht an den Vorstand der SIGNAL Kranken zusammen.

B.7 Outsourcing

Die SIGNAL Kranken hat für wesentliche Geschäftsprozesse grundsätzlich eine eigene Aufbau- und Ablauforganisation eingerichtet. Eine Ausgliederung von Funktionen oder Versicherungstätigkeiten wird im Vorfeld auf Basis einer detaillierten Risikoanalyse bewertet. Für wichtige Ausgliederungen wird ein detaillierter Due Diligence Prozess durchgeführt. Die SIGNAL Kranken hat als Schlüsselaufgaben nur die vier Governance-Funktionen festgelegt.

Die Letztverantwortung des Vorstands für die ausgegliederte Funktion oder Versicherungstätigkeit bleibt immer bestehen, auch im Falle von Subdelegationen oder bei einer gruppeninternen Ausgliederung. Für bestehende Ausgliederungen ist ein laufender Monitoringprozess eingerichtet.

Die SIGNAL Kranken hat die folgenden wichtigen Funktionen im Bereich der Vermögensanlage auf konzerninterne Tochtergesellschaften ausgegliedert:

- SIGNAL IDUNA Asset Management GmbH (Aktien, Renten, Tagesgeld)
- SIGNAL IDUNA Bauspar AG (Hypotheken, grundpfandrechtlich besicherte Darlehen)
- HANSAINVEST GmbH (Immobilien)

Eine weitere wichtige Ausgliederung besteht für die SIGNAL Kranken bei ausgewählten Spezialfunktionen inklusive dem Gesundheitsmanagement mit der MedX GmbH.

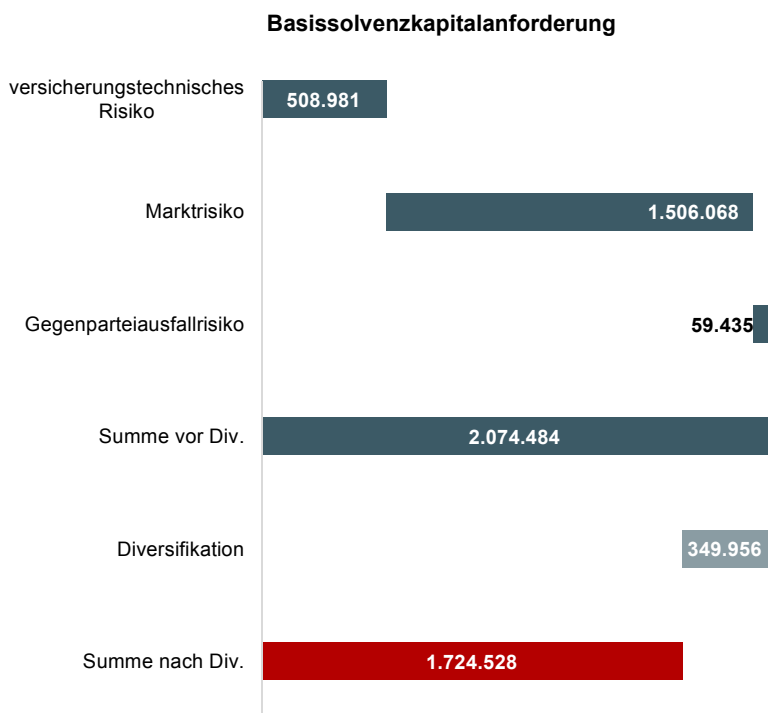
B.8 Sonstige Angaben

Sonstige wesentliche Angaben liegen nicht vor.

C. Risikoprofil

Zur Bewertung der Risiken wird das aufsichtsrechtliche Solvenz- bzw. Risikokapital für einzelne Risikokategorien unter Anwendung der Standardformel gemäß Solvency II berechnet. Innerhalb dieser Risikokategorien sowie zwischen den einzelnen Risikokategorien erfolgt eine Aggregation mit vorgegebenen Korrelationen.

Das versicherungstechnische Risiko, das Markt- und das Gegenparteiausfallrisiko werden im ersten Schritt unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zur Basissolvenzkapitalanforderung (BSCR) aggregiert. Die nachfolgende Grafik veranschaulicht das BSCR in Tausend Euro:



Für weiterführende Details zur Basissolvenzkapitalanforderung wird auf die Anlage (S.25.01.21.01) verwiesen.

Durch Addition des operationalen Risikos und Berücksichtigung der Verlustausgleichsfähigkeit durch die versicherungstechnischen Rückstellungen sowie aus latenten Steuern ergibt sich im zweiten Schritt die Solvenzkapitalanforderung. Für weiterführende Details zur Solvenzkapitalanforderung wird auf das Kapitel E.2.1 verwiesen.

Für Risiken, die nicht über die o.g. Verfahren quantitativ bewertet werden können, wird eine qualitative Beurteilung vorgenommen.

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

Zum versicherungstechnischen Risiko gehören Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Bereitstellung des Versicherungsschutzes stehen. Es handelt sich um das Risiko, dass bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht bzw. das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus einer unangemessenen Preisfestlegung und nicht angemessenen Rückstellungsannahmen ergibt.

Das versicherungstechnische Risiko der SIGNAL Kranken besteht zum 31. Dezember 2016 zu 100 % aus dem krankenversicherungstechnischen Risiko.

Das krankenversicherungstechnischen Risiko setzt sich im Wesentlichen aus Risiken zusammen, welche auf die nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung entfällt.

Nachfolgend werden die **wesentlichen Risikosubkategorien** zum 31. Dezember 2016 für die SIGNAL Kranken dargestellt.

Das **Stornorisiko** als wesentlichstes Risiko der SIGNAL Kranken bezeichnet das Risiko einer möglichen Abweichung hinsichtlich der Höhe und der Volatilität des tatsächlichen Stornoverhaltens von den verwendeten Annahmen. Erhöhtes Storno führt zu Bestandsverlusten und auf Dauer zu geringeren Überschüssen. Die Stornotafeln werden regelmäßig überwacht, die enthaltenen Sicherheiten kontrolliert und auf ihre Angemessenheit überprüft. Aktualisierungen sind im Rahmen von Beitragsanpassungen möglich. Auch der Tatsache, dass sich das Stornoverhalten durch verschiedene gesetzliche Vorgaben geändert hat, wird dadurch Rechnung getragen.

Als **Sterblichkeitsrisiko** wird die Möglichkeit bezeichnet, dass die tatsächliche Sterblichkeit höher oder volatiler ist als angenommen. Dies führt auch zu Bestandsverlusten und auf Dauer zu geringeren Überschüssen.

Die Verwendung aktueller Sterbetafeln, die mit angemessenen Sicherheiten versehen sind, verringert das Sterblichkeitsrisiko.

Das **Invaliditäts-/Morbiditätsrisiko** besteht in einer möglichen Abweichung hinsichtlich der Höhe, des Trends oder der Volatilität des tatsächlichen Aufwands für Versicherungsleistungen von den Annahmen. Der tatsächliche Aufwand hängt von der künftigen Entwicklung der Krankheitskosten (medizinische Inflation) und der Inanspruchnahme der Versicherungsleistungen ab. Durch die tatsächlich vorhandenen Risikounterschiede zwischen den Geschlechtern ist die Zusammensetzung des künftigen Bestandes bei der Kalkulation von Unisex-Tarifen zu berücksichtigen.

Eine dauerhafte Abweichung der tatsächlichen Versicherungsleistungen von den kalkulierten Werten führt zu einer vom Verantwortlichen Aktuar und dem unabhängigen Treuhänder überwachten Beitragsanpassung, so dass das Invaliditäts-/Morbiditätsrisiko für das Unternehmen eingeschränkt ist. Für die Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung der Bestände ist es jedoch wichtig, Anzahl und Höhe von Beitragsanpassungen zu begrenzen und die Beiträge möglichst stabil zu halten. Um das sicherzustellen, wenden wir restriktive Annahmerichtlinien an, steuern tarifbezogen die Leistungsausgaben und sind im Gesundheitsmanagement aktiv.

Das **Kostenrisiko** ergibt sich aus möglichen Veränderungen in der Höhe, im Trend oder in der Volatilität der tatsächlich bei Abschluss, Verwaltung und Schadenregulierung von Versicherungsverträgen anfallenden Kosten im Vergleich zu den Annahmen. Höhere Kosten führen tendenziell zu höheren Beiträgen mit negativem Effekt auf das Stornorisiko und die Wettbewerbspositionierung. Dem Risiko wird durch Kostendisziplin und ausreichende Kostenzuschläge im Rahmen der Tarifikalkulation begegnet. Außerdem wird sich das Zukunftsprogramm auf Konzernebene mittelfristig unter anderem positiv auf die Kostensituation auswirken.

Im krankensicherungstechnischen Risiko nach Art der Lebensversicherung ist das Stornorisiko mit einem Anteil vor Diversifikation von rd. 46 % die größte Risikosubkategorie.

Wesentliche Risikokonzentrationen innerhalb der einzelnen Risikosubkategorien sind derzeit nicht zu erkennen.

Als Risikominderungstechnik für das versicherungstechnische Risiko ist für ausgewählte Risiken ein Rückversicherungsprogramm implementiert worden. Die Rückversicherungsstrategie der SIGNAL Kranken verfolgt das Ziel,

- die sich aus der Geschäftstätigkeit ergebenden Ruinwahrscheinlichkeiten durch Absicherung der finanziellen Belastung aus Groß- und Kumulschäden sowie aus Frequenzschäden,
- die versicherungstechnisch bedingten Volatilitäten sowie
- Verluste, die sich aus Zufalls- und Änderungsrisiken ergeben,

zu reduzieren.

Für die SIGNAL Kranken werden aufgrund ihrer Größe und der Art des Geschäfts derzeit nur in geringem Umfang Rückversicherungsvereinbarungen abschließen. Die verdiente Rückversicherungsprämie betrug im Berichtsjahr 2.390,7 TEUR und damit 0,12 % der verdienten Bruttoprämie. Es handelt sich im Wesentlichen um Schadenexzedentenverträge, die Rückversicherungsschutz für besonders große Einzelschadenereignisse darstellen.

Weder für 2016 noch für 2017 wurden Rückversicherungsverträge geschlossen, die entsprechend der Finanzrückversicherungsverordnung (FinRVV) Finanzrückversicherungsverträge oder Verträge ohne hinreichenden Risikotransfer sind.

Vierteljährlich wird ein Rückversicherungs-Risikobericht erstellt, der folgende Inhalte regelmäßig untersucht:

- Entwicklung der Bonität der Rückversicherer anhand von externen Ratings inkl. Betrachtung von Veränderungen bei den Sitzland-Ratings
- Darstellung der aktuellen Ausschöpfungsgrade der Jahreshöchsthaftung für die Rückversicherungsverträge des laufenden Jahres und der letzten beiden Vorjahre
- Narrative Darstellung von besonders großen Schäden und Schadenkumulereignissen und deren Auswirkungen auf den Verbrauch an Rückversicherungsdeckung

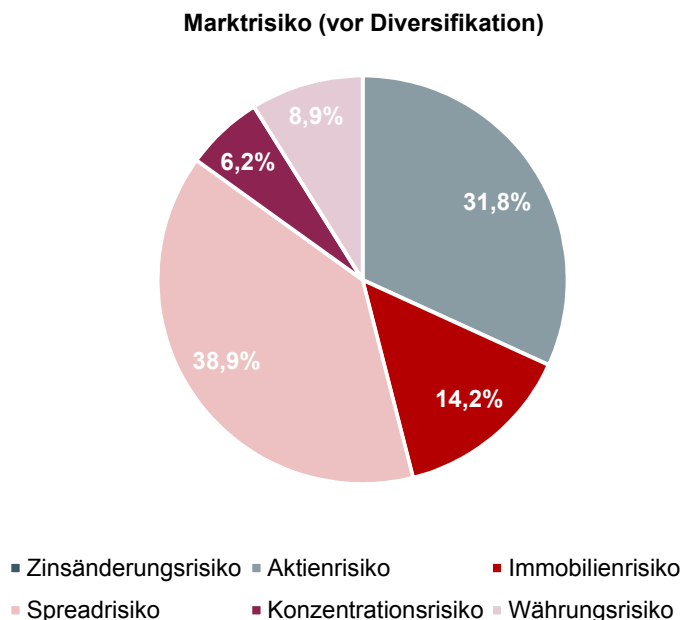
Der Rückversicherungs-Risikobericht wird im Vorstand behandelt. So ist sichergestellt, dass eine nicht ausreichende Wirksamkeit des Rückversicherungsschutzes frühzeitig erkannt wird.

Um die Wirkungsweise der Risiken besser zu verstehen, führt die SIGNAL Kranken Analysen der Berechnungsergebnisse durch. Dabei finden z. B. Sensitivitäts- oder Szenariorechnungen Verwendung. Für das versicherungstechnische Risiko wurde in 2016 eine Variation des langfristigen Überschussbeteiligungssatzes betrachtet, der in die Berechnung der Erwartungsrückstellung der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung einfließt. Dabei wurde eine Veränderung des Satzes um $\pm 1,5$ %-Punkte angesetzt. Die Sensitivität wirkte asymmetrisch. Es ergaben sich nur geringe Auswirkungen auf das versicherungstechnische Risiko. Die Basiskapitalanforderung wurde durch die Variationen nur geringfügig verändert. Die Variationen des Parameters führten entsprechend zu Veränderungen bei der Risikominderung durch Überschussbeteiligung und durch latente Steuern. Über die versicherungstechnischen Rückstellungen wirkten die Variationen auch auf die Eigenmittel. Betrachtet man die Auswirkungen auf die Bedeckungsquote, so lässt sich zusammenfassend sagen, dass diese Veränderungen im langfristigen Überschussbeteiligungssatz aus Risikosicht unkritisch sind.

C.2 Marktrisiko

Das Marktrisiko bezeichnet das Risiko, das sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt.

Das Marktrisiko besteht ebenfalls aus verschiedenen Risikosubkategorien. Die nachfolgende Grafik veranschaulicht die Zusammensetzung der einzelnen Risikosubkategorien (vor Diversifikation):



Die **wesentlichen Subkategorien** zum 31. Dezember 2016 für die SIGNAL Kranken werden im Folgenden kurz erläutert.

Die wesentlichste Subkategorie im Marktrisiko der SIGNAL Kranken ist das **Spreadrisiko** mit einem relativen Anteil von 38,9 %. Dies bezeichnet das Risiko von Verlusten aus der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Credit Spreads über der risikofreien Zinskurve. Im Rahmen der Bewertung des Spreadrisikos werden die Auswirkungen der Änderungen von Credit Spreads gegenüber dem risikolosen Zins auf den Marktwert von Kapitalanlagen analysiert. Die Veränderung der Credit Spreads resultiert aus Bonitätsänderungen der Schuldner sowie Veränderungen der Liquidität und somit der Handelbarkeit der Kapitalanlage. Das Risiko besteht im Werteverfall eines Kredits bzw. in der Möglichkeit, dass sich Verluste in Form von Kreditausfällen oder Ertragsausfällen ergeben.

Das **Zinsänderungsrisiko** als weiteres grundsätzlich wesentliches Risiko hat zum Stichtag einen relativen Anteil von 0,0 %. Es besteht für alle Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente, deren Marktwert auf eine Änderung der risikofreien Zinskurve reagiert oder für die Verluste durch die Volatilität der Zinssätze entsteht. Neben Marktwertverlusten durch einen Zinsanstieg, ergibt sich auch das Wiederanlagerisiko daraus, dass die Zinserträge bei der Neuanlage in Niedrigzinsphasen langfristig niedriger ausfallen als erwartet.

Das **Aktienrisiko** hat einen relativen Anteil von 31,8 %. Als Aktienrisiko wird das Risiko von Verlusten aus der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Aktien bezeichnet.

Das **Immobilienrisiko** hat einen relativen Anteil von 14,2 %. Das Immobilienrisiko besteht in der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Immobilien. Immobilienrisiken existieren z. B. für alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, deren Marktwerte auf eine Änderung der Immobilienpreise reagieren.

Das **Konzentrationsrisiko** hat einen relativen Anteil von 6,2 %. Es beschreibt zusätzliche Risiken, die entweder durch eine mangelnde Diversifikation des Anlageportfolios oder durch eine hohe Exponierung z. B. gegenüber einem einzelnen Schuldner bzw. Emittenten oder einer Gruppe verbundener Schuldner bzw. Emittenten bedingt sind. Das Konzentrationsrisiko der SIGNAL Kranken zum 31. Dezember 2016 ergibt sich aus Investments bei europäischen Kreditinstituten aus dem Investment Grade Bereich.

Die Ausrichtung der Kapitalanlagepolitik erfolgt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Gesellschaft. Sie berücksichtigt die Verpflichtungsstrukturen der versicherungstechnischen Passiva und basiert auf kurz-, mittel- und langfristigen Einschätzungen der Renditeerwartungen und Risiken in den relevanten Kapitalmarktsegmenten. Es werden nur Risiken eingegangen, die hinsichtlich ihrer Auswirkungen eingeschätzt werden können und für deren Steuerung über das erforderliche Know-how sowie die erforderlichen Methoden verfügt wird.

Der Diversifikationseffekt im Marktrisiko liegt bei der SIGNAL Kranken bei rund 21 %.

Zur Risikominderung von Marktrisiken werden bewährte Verfahren angewandt. So werden Kurs- und Währungsrisiken mittels Futures, Optionen und Devisentermingeschäften abgesichert. Bezüglich des Immobilienrisikos wird die Vermietungssituation kontinuierlich überwacht und Maßnahmen zur Reduzierung von Leerständen entwickelt. Das Zinsrisiko wird über Durationsanalysen gesteuert. Die Steuerung des Spreadrisikos erfolgt im Rahmen eines mehrstufigen Prozesses. Die Anlage erfolgt grundsätzlich auf Basis eines definierten Emittentenuniversums. Die betreffenden Emittenten werden vor Aufnahme einem intensiven Prüfungsprozess unterworfen. Diese Einschätzung wird im

weiteren Verlauf regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Emittenten, die aufgrund einer negativen Einschätzung aktuell für die Neuanlage gesperrt sind oder unter besonderer Beobachtung stehen, werden auf eine Watchlist gesetzt. Die Steuerung der Marktrisikokonzentration erfolgt über die Vergabe von Limiten für die jeweiligen Emittenten und Anlagesegmente, deren Einhaltung kontinuierlich überwacht wird.

Für das Marktrisiko wurden im Jahresverlauf 2016 Sensitivitäten zum Zins- und Aktienrisiko durchgeführt.

Für das Zinsrisiko wurde die Auswirkungen einer Absenkung der Ultimate Forward Rate (UFR) auf 3,5 % anstelle 4,2 % analysiert. Die Sensitivität zur Variation der UFR wirkt sowohl auf der Risikoseite als auch auf die Eigenmittel. Insgesamt reduziert sich die Bedeckungsquote bei dieser Sensitivitätsanalyse um rd. 6 %-Punkte.

Für das Aktienrisiko wurde für die Aktienbestände eine relative Variation in Höhe von ± 25 % auf die jeweiligen Stressparameter untersucht. Insgesamt verändert sich die Bedeckungsquote bei dieser Sensitivitätsanalyse um rd. ± 30 %-Punkte.

C.3 Kreditrisiko (= Gegenparteiausfallrisiko)

Das Gegenparteiausfallrisiko trägt möglichen Verlusten Rechnung, die sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verschlechterung der Bonität von Gegenparteien und Schuldnern von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen ergeben.

Das Gegenparteiausfallrisiko berücksichtigt die risikomindernden Verträge wie Rückversicherungsvereinbarungen, Verbriefungen und Derivate sowie Forderungen gegenüber Vermittlern und alle sonstigen Kreditrisiken, die im Spreadrisiko nicht abgedeckt sind.

Das Gegenparteiausfallrisiko ist gemäß den Berechnungen nach der Standardformel eher von untergeordneter Bedeutung und beträgt 59.435 TEUR.

Zur Risikominderung im Bereich Kapitalanlagen werden Limite definiert und laufend überwacht.

Im Zusammenhang mit Rückversicherung werden derzeit keine derartigen Risikominderungstechniken eingesetzt. Die gute Bonität unserer Rückversicherer wird als ausreichende Sicherheit angesehen. Zum Berichtsstichtag liegen daher keine berichtspflichtigen Sachverhalte vor.

Das sich aus bestehenden Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern ergebende Gegenparteiausfallrisiko wird beispielsweise durch die Umsetzung der gesetzlichen Regelungen zur Provisionsstornohaftung sowie durch die Tatsache gemildert, dass ausstehende Forderungen gegenüber Vermittlern mit zukünftig entstehenden Provisionsansprüchen der betroffenen Vermittler verrechnet werden können.

Das Risiko des Ausfalls von Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern wird beispielsweise durch eine vorvertragliche Prüfung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unserer Vertragspartner gemildert.

Aufgrund der untergeordneten Bedeutung des Gegenparteiausfallrisikos sind keine Stresstests und Sensitivitätsanalysen durchgeführt worden.

C.4 Liquiditätsrisiko

Primäres Ziel der Steuerung der Liquiditätsrisiken ist die Sicherstellung der notwendigen Liquidität unter Wahrung der Rentabilität mittels geeigneter Instrumente und effizienter Prozesse. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben obliegt der Finanzplanung, dem Cashmanagement sowie dem Anlageprozess der freien Liquidität unter Einbindung des Asset Managements und dem Kapitalanlagencontrolling.

Die Steuerung der Liquiditätsrisiken bezieht sich auf kurz- und mittelfristige Risiken. Kurzfristig bedeutet in diesem Zusammenhang die Tages-, Monats- und Jahressicht. Mittelfristig beinhaltet einen Zeitraum von in der Regel zwischen einem und vier Jahren (Geschäftsjahr + drei Planjahre) bis hin zu maximal sechs Jahren (Geschäftsjahr + fünf Planjahre).

Darüber hinausgehende Zeiträume werden in Form von mittel- bis langfristigen Szenarien durch den ALM-Prozess abgedeckt.

Die gesamte Liquiditätssituation wird im Betrachtungszeitraum bei der SIGNAL Kranken als unkritisch beurteilt.

C.5 Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko beinhaltet unter anderem Risiken aus dem Ausfall der IT-Systeme, dem Verlust von Daten, aus einer in Qualität oder Quantität unzureichenden Personalausstattung oder der Nichteinhaltung gesetzlicher Normen.

Einem möglichen Ausfall der IT-Systeme wird mit geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen entgegengewirkt. Zentrale Elemente sind beispielhaft der Betrieb eines Sekundär-Rechenzentrums, die Durchführung umfangreicher Datensicherungen und -spiegelungen, maschinelle Überwachung der Systeme auf allen Ebenen, Bereitschaftsregelungen sowie Wartungsverträge mit den verschiedenen Anbietern von Hard- und Software.

Zum Schutz der Daten vor unberechtigtem Zugriff und Manipulation sind angemessene technische und organisatorische Vorkehrungen getroffen worden - z. B. durch die Installation von Firewall-Systemen (Trennung vom öffentlichen Netz), Virenscannern, Verschlüsselungen, abgesicherten Verbindungen (z. B. zu den Organisations- oder Gebietsdirektionen und den außerbetrieblichen Arbeitsplätzen) und die Nutzung von Authentifizierungssystemen.

Die Eignung der beschriebenen Vorkehrungen wird regelmäßig, z. B. im Rahmen von Notfallübungen oder Penetrationstests, überprüft und bewertet.

Das Zukunftsprogramm 2018 ist für die Informationstechnologie der SIGNAL IDUNA Gruppe eine Chance. Die IT-Architektur wird von Grund auf neu konzipiert und auch auf künftige Anforderungen ausgerichtet. Das Ziel ist eine schlanke und zugleich leistungsfähige IT, mit der die SIGNAL IDUNA Gruppe schneller und flexibler auf die Wünsche der Kunden eingehen kann.

Mit dem Zukunftsprogramm und dem damit verbundenen Umbau der IT können erhöhte IT-Risiken (z. B. temporär steigende Ausfallzeiten oder Beeinträchtigungen der System-Performance) einhergehen, auf die das Unternehmen aber vorbereitet ist.

Um für die gestiegenen zukünftigen Herausforderungen gewappnet zu sein, erhalten die Mitarbeiter die notwendigen Fähigkeiten durch kontinuierliche Angebote zur Weiterentwicklung sowie ein professionelles Kompetenzmanagement.

Die Einhaltung der gesetzlichen, regulatorischen oder internen Normen wird durch die Umsetzung präventiver Maßnahmen unterstützt. Grundlage des rechtskonformen Verhaltens aller Mitarbeiter ist ein Verhaltenskodex der SIGNAL IDUNA Gruppe.

Zur Begegnung von Rechtsrisiken wird eine regelmäßige Beobachtung des Rechtsraumes durchgeführt und mögliche Rechtsänderungen zeitnah an die jeweils relevanten Geschäftsprozessverantwortlichen herangebracht. Dies ermöglicht eine Einschätzung, ob ggf. Maßnahmen zur Anpassung der bestehenden Geschäftsprozesse getroffen werden müssen, um der festgestellten Rechtsänderung zu entsprechen. So kann einem ungewollten Verstoß gegen die aktuelle Rechtslage vorgebeugt werden.

Risikosensitivitäten wurden bisher im Rahmen operationeller Risiken nicht betrachtet.

C.6 Andere wesentliche Risiken

Bei den anderen **wesentlichen Risiken** handelt es sich nach unserer Definition um Risikosubkategorien, die fachlich keiner anderen Risikokategorie zugeordnet werden können. Die anderen wesentlichen Risiken umfassen das **Reputationsrisiko**, das **Neugeschäftsrisiko** und das **strategische Risiko**.

Das Reputationsrisiko ist das Risiko, das sich aus einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (z. B. bei Kunden, Geschäftspartnern, Aktionären, Behörden) ergibt. Das Reputationsrisiko ist in der Regel ein Risiko, das sich im Zusammenhang mit anderen Risiken realisiert.

Das Neugeschäftsrisiko umfasst das Risiko, dass gesetzte Ziele für das Neugeschäft nicht erreicht werden und dieser Umstand negativ auf die Bestandsentwicklung des Unternehmens wirkt.

Beim strategischen Risiko handelt es sich um "negative Veränderungen im Unternehmenswert" als Folge von strategischen Entscheidungen des Vorstands und deren Umsetzung oder von Änderungen des wirtschaftlichen Umfeldes.

Diese Risiken werden nicht im Rahmen der Berechnungen der Standardformel berücksichtigt. Die Analyse und Bewertung der Risiken erfolgt im Top Risk Assessment.

Zur Risikominderung existieren im Wesentlichen folgende Prozesse:

Um Reputationsrisiken zu begegnen, existieren Kommunikationskonzepte und Kommunikationsleitlinien. Darüber hinaus wird gegebenenfalls auf externe Unterstützung von Kommunikationsspezialisten zurückgegriffen.

Um Neugeschäftsrisiken zu mindern, wird die Erreichung der Neugeschäftsziele laufend überwacht. Bezüglich der Steuerung des Vertriebes führt die SIGNAL IDUNA Gruppe ein intensives Vertriebscontrolling durch, in dem verschiedene Regelberichte und fallbezogene Ad-hoc-Berichte bezüglich der wesentlichen Kennzahlen etabliert sind.

Darüber hinaus wird das Neugeschäftsrisiko über die Diversifikationseffekte, die aufgrund verschiedener Vertriebskanäle und Sparten entstehen, positiv beeinflusst/gemindert.

Das strategische Risiko wird im Rahmen des Konzernsteuerungsprozesses mindestens einmal jährlich betrachtet.

C.7 Sonstige Angaben

Es liegen keine wesentlichen sonstigen Angaben vor.

D. Bewertung für Solvabilitätszwecke

Innerhalb des nachstehenden Kapitels werden bedeutsame Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Unternehmens angesprochen. Als bedeutsam wurden in diesem Kontext diejenigen Positionen angesehen, die in Bezug auf die Bilanzsumme der Vermögenswerte der Solvency II-Bilanz eine Größenordnung von mindestens 3 % erreichen.

Darüber hinaus sind in Ausnahmefällen auch Positionen angesprochen worden, die den genannten Schwellenwert zwar nicht erreichten, bei denen eine Beschreibung jedoch aus anderen Gründen sachgerecht erschien. In diesem Falle findet sich eine Erläuterung dieses Umstandes innerhalb des entsprechenden Unterkapitels. Die vollständige Solvabilitätsübersicht ist als S.02.01.02.01 in der Anlage enthalten.

D.1 Vermögenswerte

Latente Steueransprüche (C0010/R0040)

Der Wert der latenten Steueransprüche beträgt zum 31. Dezember 2016 1.082.438,1 TEUR.

Im Zusammenhang mit darzustellenden Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen der Solvabilitätsbeurteilung ergeben sich die latenten Steueransprüche aus den temporären Differenzen zwischen den einzelnen Bilanzpositionen der Steuerbilanz und der Solvency II-Bilanz. Zur Berechnung der latenten Steueransprüche werden diese Differenzen mit einem individuellen, jeweils gültigen latenten Steuersatz bewertet. Die angewendete Bewertungsmethodik entspricht den gängigen Verfahren.

Die mit der beschriebenen Bewertungsmethodik einhergehende Unsicherheit ist insgesamt als nicht wesentlich einzuschätzen, da sowohl die Steuerbilanz als auch die HGB-Bilanz regelmäßig extern geprüft werden. Die Angemessenheit der beschriebenen Methodik wird zudem im Rahmen der Prüfung der Solvabilitätsübersicht durch den Wirtschaftsprüfer einer jährlichen Überprüfung unterzogen.

Die Werthaltigkeit latenter Steuern wird durch eine Analyse der 20-Jahres-Projektion der Vermögenswerte und der Verbindlichkeiten ermittelt. Zum 31. Dezember 2016 sind sämtliche latente Steueransprüche durch latente Steuerschulden gedeckt.

Anteile an verbundenen Unternehmen einschließlich Beteiligungen (C0010/R0090)

Zum Berichtsstichtag betrug der Wert der Anteile an verbundenen Unternehmen 817.490,3 TEUR.

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen erfolgte gemäß der in Artikel 13 in Verbindung mit Artikel 10 DVO beschriebenen Bewertungshierarchie.

Anteile an verbundenen Unternehmen, für die keine beobachtbaren Marktpreise vorlagen, wurden grundsätzlich mittels der Adjusted-Equity-Methode bewertet. Grundlage hierfür bildeten die handelsrechtlichen Bilanzen der verbundenen Unternehmen, die auf Solvabilität II Marktwerte gemäß § 74 VAG umbewertet wurden.

Für einige verbundene Unternehmen waren weder die Standardbewertungs- noch die Adjusted-Equity-Methode anwendbar. Gemäß Artikel 13 Absatz 6 in Verbindung mit Artikel 9 Absatz 4 bzw. Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe c DVO

wurde für die Bewertung dieser Anteile der im HGB-Anhang ausgewiesene Zeitwert gemäß § 56 RechVersV herangezogen. Die Ermittlung dieser Zeitwerte erfolgte mithilfe gängiger Bewertungsverfahren (Ertragswertverfahren und Net Asset Value), deren Parameter nach objektivierte Kriterien festgelegt wurden. Die gewählten Bewertungsmethoden stehen mit dem in Artikel 10 Absatz 7 Buchstabe a DVO genannten Ansatz in Einklang. Die Angemessenheit der Bewertung wurde dadurch sichergestellt, dass die verwendeten Inputfaktoren auf eben diese Kriterien – höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz – überprüft wurden.

Im Rahmen von Solvency II wurde für die Anteile an verbundenen Unternehmen ein um 368.294,4 TEUR höherer Wert als im HGB-Jahresabschluss ausgewiesen.

Diese Differenz resultiert aus der Tatsache, dass die Anteile an verbundenen Unternehmen im Jahresabschluss abweichend zur Solvency II-Bilanz nicht zu Marktwerten, sondern gemäß der jeweiligen HGB-Vorschriften mit den Anschaffungskosten angesetzt, die gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip gegebenenfalls um außerplanmäßige Abschreibungen im Berichtsjahr oder in der Vergangenheit gemindert wurden.

Staatsanleihen (C0010/R0140)

Zum Berichtsstichtag beträgt der Wert der Staatsanleihen 4.181.532,9 TEUR.

Börsennotierte Staatsanleihen wurden grundsätzlich gemäß Artikel 10 Absatz 2 DVO mit dem an einem aktiven Markt festgestellten Marktpreis bewertet. Bei der Beurteilung des Vorhandenseins eines aktiven Marktes wurden gemäß Absatz 4 die folgenden Kriterien herangezogen, die in den von der Kommission nach der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 übernommenen Internationalen Rechnungslegungsstandards definiert sind:

- Homogenität der Produkte
- Preisstellung
- regelmäßiger Handel / regelmäßige Nachfrage

Nicht börsennotierte Staatsanleihen wurden gemäß Artikel 10 Absatz 6 (b) und Absatz 7 (b) DVO mittels Zinssatz und Credit Spreads unter Anwendung des einkommensbasierten Ansatzes bewertet. In diesen Fällen werden die Zeitwerte mittels der Discounted-Cash-Flow-Methode unter Berücksichtigung der bis zum Stichtag aufgelaufenen Stückzinsen ermittelt. Die Bewertung basiert auf der restlaufzeitadäquaten Euro-Swap-Kurve zum Bewertungsstichtag zzgl. eines anlagenspezifischen Risikoaufschlags, der sich an den am Markt beobachtbaren Spreads für gleichartige Vermögensgegenstände orientiert.

Die Bewertung der Staatsanleihen basiert entweder auf direkt an Märkten gebildeten Preisen oder auf Zinskurven und Credit Spreads und damit auf direkt an Märkten beobachtbaren Inputfaktoren und ist daher als angemessen zu betrachten. Bewertungsunsicherheiten resultieren im Wesentlichen aus der Auswahl der Referenz-Vermögenswerte im Hinblick auf die Festlegung der Risikoaufschläge.

An Märkten gebildete Preise enthalten bereits die Erwartungen der Marktteilnehmer bezüglich der künftigen Entwicklung der Vermögenswerte. Bei der Bewertung der Staatsanleihen anhand der Discounted-Cash-Flow-Methode werden die Erwartungen bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Vermögensgegenstände im Rahmen des verwendeten Risikoaufschlags berücksichtigt.

Bei der Bewertung von Vermögensgegenständen ist grundsätzlich die Verwendung von an aktiven Märkten gebildeten Marktpreisen für identische Vermögensgegenstände gefordert. Ist dies nicht möglich, können alternative Bewertungsmethoden angewandt werden, wobei die verwendeten Bewertungsparameter höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz aufweisen müssen.

Die gewählten Bewertungsmethoden stehen mit den in Artikel 10 Absatz 7 a) und b) DVO genannten Ansätzen in Einklang. Die Angemessenheit der Bewertung wird sichergestellt, indem die verwendeten Inputfaktoren regelmäßig auf eben diese Kriterien - höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz - geprüft werden.

Im Rahmen von Solvency II wurde ein um 1.088.361,9 TEUR höherer Wert als in der HGB-Bilanz ermittelt.

Die Differenz resultiert aus der Tatsache, dass die Staatsanleihen in der HGB-Bilanz abweichend zur Solvency II-Bilanz nicht zu Marktwerten, sondern gemäß der jeweiligen HGB-Vorschriften folgendermaßen bilanziert und bewertet wurden:

Börsennotierte Staatsanleihen wurden für die Zwecke des HGB-Abschlusses zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert und grundsätzlich nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Für ausgewählte Inhaberschuldverschreibungen wurde von der Möglichkeit des § 341b Absatz 2 zweiter Halbsatz HGB (Bewertung bestimmter Vermögensgegenstände nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften) Gebrauch gemacht. Bei diesen Papieren fand das gemilderte Niederstwertprinzip Anwendung und in der Vergangenheit erfolgten gegebenenfalls außerplanmäßige Abschreibungen.

Bei nicht börsennotierten Staatsanleihen mit Kuponzahlung, die als Namensschuldverschreibung ausgestattet sind, wurden die Nennwerte aktiviert und in der Vergangenheit gegebenenfalls um außerplanmäßige Abschreibungen vermindert. Im Falle von Schuldscheindarlehen wurden die Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt und in der Vergangenheit gegebenenfalls um außerplanmäßige Abschreibungen vermindert.

Bei Staatsanleihen, die als Zerobonds ausgestattet sind, wurden die fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt und in der Vergangenheit gegebenenfalls um außerplanmäßige Abschreibungen vermindert.

Unternehmensanleihen (C0010/R0150)

Zum Berichtsstichtag beträgt der Wert der Unternehmensanleihen 8.615.589,3 TEUR.

Börsennotierte Unternehmensanleihen wurden grundsätzlich gemäß Artikel 10 Absatz 2 DVO mit dem an einem aktiven Markt festgestellten Marktpreis bewertet. Bei der Beurteilung des Vorhandenseins eines aktiven Marktes wurden gemäß Absatz 4 die folgenden Kriterien herangezogen, die in den von der Kommission nach der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 übernommenen Internationalen Rechnungslegungsstandards definiert sind:

- Homogenität der Produkte
- Preisstellung
- regelmäßiger Handel / regelmäßige Nachfrage

In einzelnen Fällen hat die Prüfung anhand der Kriterien für einen aktiven Markt ergeben, dass es sich nicht um einen solchen handelt. In diesen Fällen wurden die betreffenden Vermögenswerte gemäß Artikel 10 Absatz 6 (b) und Absatz 7 (b) DVO mittels Zinssatz und Credit Spreads unter Anwendung des einkommensbasierten Ansatzes bewertet. Der Zeitwert wurde mittels der Discounted-Cash-Flow-Methode unter Berücksichtigung der bis zum Stichtag aufgelaufenen Stückzinsen ermittelt. Die Bewertung basiert auf der zur Restlaufzeit adäquaten Euro-Swap-Kurve zum Bewertungsstichtag zzgl. eines anlagenspezifischen Risikoaufschlags, der sich an den am Markt beobachtbaren Spreads für gleichartige Vermögensgegenstände orientiert.

Nicht börsennotierte Unternehmensanleihen wurden ebenfalls gemäß Artikel 10 Absatz 6 (b) und Absatz 7 (b) mittels Zinssatz und Credit Spreads unter Anwendung des einkommensbasierten Ansatzes bewertet. In diesen Fällen werden die Zeitwerte mittels der Discounted-Cash-Flow-Methode unter Berücksichtigung der bis zum Stichtag aufgelaufenen Stückzinsen ermittelt. Die Bewertung basiert auf der restlaufzeitadäquaten Euro-Swap-Kurve zum Bewertungsstichtag zzgl. eines anlagenspezifischen Risikoaufschlags, der sich an den am Markt beobachtbaren Spreads für gleichartige Vermögensgegenstände orientiert.

Die Bewertung der Unternehmensanleihen basiert entweder auf direkt an Märkten gebildeten Preisen oder auf Zinskurven und Credit Spreads und damit auf direkt an Märkten beobachtbaren Inputfaktoren und ist daher als angemessen zu betrachten. Bewertungsunsicherheiten resultieren im Wesentlichen aus der Auswahl der Referenzvermögenswerte im Hinblick auf die Festlegung der Risikoaufschläge.

An Märkten gebildete Preise enthalten bereits die Erwartungen der Marktteilnehmer bezüglich der künftigen Entwicklung der Vermögenswerte. Bei der Bewertung der Unternehmensanleihen anhand der Discounted-Cash-Flow-Methode werden Erwartungen bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Vermögensgegenstände im Rahmen des verwendeten Risikoaufschlags berücksichtigt.

Bei der Bewertung von Vermögensgegenständen ist grundsätzlich die Verwendung von an aktiven Märkten gebildeten Marktpreisen für identische Vermögensgegenstände gefordert. Ist dies nicht möglich, können alternative Bewertungsmethoden angewandt werden, wobei die verwendeten Bewertungsparameter höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz aufweisen müssen.

Die gewählten Bewertungsmethoden stehen mit den in Artikel 10 Absatz 7 a) und b) DVO genannten Ansätzen in Einklang. Die Angemessenheit der Bewertung wird sichergestellt, indem die verwendeten Inputfaktoren regelmäßig auf eben diese Kriterien - höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz - geprüft werden.

Im Rahmen von Solvency II wurde ein um 1.655.159,5 TEUR höherer Wert als in der HGB-Bilanz ermittelt.

Die Differenz resultiert aus der Tatsache, dass die Unternehmensanleihen in der HGB-Bilanz abweichend zur Solvency II-Bilanz nicht zu Marktwerten, sondern gemäß der jeweiligen HGB-Vorschriften folgendermaßen bilanziert und bewertet wurden:

Börsennotierte Unternehmensanleihen wurden für die Zwecke des HGB-Abschlusses zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert und grundsätzlich nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Für ausgewählte Inhaberschuldverschreibungen wurde von der Möglichkeit des § 341b Absatz 2 zweiter Halbsatz HGB (Bewertung bestimmter Ver-

mögensgegenstände nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften) Gebrauch gemacht. Bei diesen Papieren fand das gemilderte Niederstwertprinzip Anwendung und in der Vergangenheit erfolgten gegebenenfalls außerplanmäßige Abschreibungen.

Bei nicht börsennotierten Unternehmensanleihen mit Kuponzahlung, die als Namensschuldverschreibung ausgestattet sind, wurden die Nennwerte aktiviert und in der Vergangenheit gegebenenfalls um außerplanmäßige Abschreibungen vermindert. Im Falle von Schuldscheindarlehen wurden die Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt und in der Vergangenheit gegebenenfalls um außerplanmäßige Abschreibungen vermindert.

Bei Unternehmensanleihen, die als Zerobonds ausgestattet sind, wurden die fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt und in der Vergangenheit gegebenenfalls um außerplanmäßige Abschreibungen vermindert.

Organismen für gemeinsame Anlagen (C0010/R0180)

Zum Berichtsstichtag beträgt der Wert der Organismen für gemeinsame Anteile 5.375.063,3 TEUR.

Organismen für gemeinsame Anlagen wurden mit den von den Kapitalverwaltungsgesellschaften mitgeteilten Rücknahmekursen bewertet. Die Rücknahmekurse ergeben sich aus dem zur Anzahl der ausgegebenen Anteile in Beziehung gesetzten Fondsvermögen (Summe aller sich im Fonds befindlichen Vermögenswerte). Die Angemessenheit der Bewertung dieser Vermögenswerte sowie der verwendeten Bewertungsmethoden wurde durch den Wirtschaftsprüfer der Kapitalverwaltungsgesellschaft geprüft und testiert.

Bei der Bewertung von Vermögenswerten ist grundsätzlich die Verwendung von an aktiven Märkten gebildeten Marktpreisen für identische Vermögensgegenstände gefordert. Ist dies nicht möglich, können alternative Bewertungsmethoden angewandt werden, wobei die verwendeten Bewertungsparameter höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz aufweisen müssen.

Die gewählte Bewertungsmethode steht mit dem in Artikel 10 Absatz 7 a) DVO genannten Ansatz in Einklang. Die Angemessenheit der Bewertung wird sichergestellt, indem die verwendeten Inputfaktoren regelmäßig auf eben diese Kriterien - höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz - geprüft werden.

Im Rahmen von Solvency II wurde ein um 371.929,5 TEUR höherer Wert als in der HGB-Bilanz ermittelt.

Diese Differenz resultiert aus der Tatsache, dass die Organismen für gemeinsame Anlagen in der HGB-Bilanz abweichend zur Solvency II-Bilanz nicht zu Marktwerten, sondern gemäß der jeweiligen HGB-Vorschriften zu Anschaffungskosten bilanziert und grundsätzlich unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet wurden. Für ausgewählte Vermögenswerte in dieser Bilanzposition wurde von der Möglichkeit des § 341b Absatz 2 zweiter Halbsatz HGB (Bewertung bestimmter Vermögensgegenstände nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften) Gebrauch gemacht. Bei diesen Papieren fand das gemilderte Niederstwertprinzip Anwendung und in der Vergangenheit erfolgten gegebenenfalls außerplanmäßige Abschreibungen.

Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten (C0010/R0200)

Zum Berichtsstichtag beträgt der Wert der Einlagen 685.703,2 TEUR.

Die Einlagen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten zuzüglich der bis zum Stichtag aufgelaufenen Stückzinsen bewertet. Bewertungsunsicherheiten resultieren im Wesentlichen aus möglichen, jedoch sehr geringen Laufzeitdifferenzen. Aufgrund der sehr kurzen Laufzeit von Einlagen spielen Erwartungen bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Vermögensgegenstände keine Rolle.

Bei der Bewertung von Vermögensgegenständen ist grundsätzlich die Verwendung von an aktiven Märkten gebildeten Marktpreisen für identische Vermögensgegenstände gefordert. Ist dies nicht möglich, können alternative Bewertungsmethoden angewandt werden, wobei die verwendeten Bewertungsparameter höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz aufweisen müssen.

Die gewählten Bewertungsmethoden stehen mit den in Artikel 10 Absatz 7 c) DVO genannten Ansatz in Einklang. Die Angemessenheit der Bewertung wird sichergestellt, indem die verwendeten Inputfaktoren regelmäßig auf eben diese Kriterien - höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz - geprüft werden.

Im Rahmen von Solvency II wurde ein um 3,2 TEUR höherer Wert als in der HGB-Bilanz ermittelt.

Diese Differenz resultiert aus der Tatsache, dass die Einlagen in der HGB-Bilanz abweichend zur Solvency II-Bilanz gemäß der jeweiligen HGB-Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten exklusive der bis zum Stichtag aufgelaufenen Stückzinsen bilanziert wurden.

Sonstige Darlehen und Hypotheken (C0010/R0260)

Zum Berichtsstichtag beträgt der Wert der sonstigen Darlehen und Hypotheken 664.031,1 TEUR.

Für sonstige Darlehen und Hypotheken werden gemäß Artikel 10 Absatz 6 (b) und Absatz 7 (b) DVO mittels Zinssatz und Creditspreads unter Anwendung des einkommensbasierten Ansatzes bewertet. In diesen Fällen werden die Zeitwerte mittels der Discounted-Cash-Flow-Methode unter Berücksichtigung der bis zum Stichtag aufgelaufenen Stückzinsen ermittelt. Die Bewertung basiert auf der restlaufzeitadäquaten Euro-Swap-Kurve zum Bewertungsstichtag zzgl. eines anlagenspezifischen Risikoaufschlags. Dieser Risikoaufschlag bildet sich aus der Annahme hinsichtlich einer möglichen Veräußerung unter Berücksichtigung des Ausfallrisikos des Vermögenswertes.

Die Bewertung der sonstigen Darlehen und Hypotheken basiert einerseits auf direkt an Märkten beobachtbare Inputfaktoren (laufzeitadäquate Zinskurven); die Festlegung des Risikoaufschlags stützt sich auf Erfahrungswerte aus der Vergangenheit und die Erwartungen bezüglich der zukünftigen Risikosituation. Bewertungsunsicherheiten resultieren im Wesentlichen aus der Frage, inwieweit die getroffenen Annahmen eintreten.

Bei der Bewertung von Vermögensgegenständen ist grundsätzlich die Verwendung von an aktiven Märkten gebildeten Marktpreisen für identische Vermögensgegenstände gefordert. Ist dies nicht möglich, können alternative Bewertungsmethoden angewandt werden, wobei die verwendeten Bewertungsparameter höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz aufweisen müssen.

Die gewählte Bewertungsmethode steht mit den in Artikel 10 Absatz 7 b) DVO genannten Ansatz in Einklang. Die Angemessenheit der Bewertung wird sichergestellt, indem die verwendeten Inputfaktoren regelmäßig auf eben diese Kriterien - höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz - geprüft werden.

Im Rahmen von Solvency II wurde ein um 107.716,5 TEUR höherer Wert als in der HGB-Bilanz ermittelt.

Die Differenz resultiert aus der Tatsache, dass die sonstigen Hypotheken und Darlehen in der HGB-Bilanz abweichend zur Solvency II-Bilanz nicht zu Marktwerten, sondern gemäß der jeweiligen HGB-Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert wurden. Unterschiedsbeträge gegenüber dem Nennwert wurden mittels Effektivzinsmethode über die Laufzeit amortisiert. In der Vergangenheit erfolgten gegebenenfalls Einzelwertberichtigungen und außerplanmäßige Abschreibungen.

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

In den folgenden Abschnitten wird die Vorgehensweise zur Ermittlung der versicherungstechnischen Rückstellungen erläutert und die Ergebnisse der Berechnung dargestellt.

Krankenversicherung (LoB 29)

Der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen im Segment Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung beträgt zum Stichtag 19.158.212,5 TEUR. Dieser Wert setzt sich zusammen aus dem besten Schätzwert in Höhe von 18.896.925,7 TEUR und der Risikomarge in Höhe von 261.286,9 TEUR. Gegenüber Zweckgesellschaften bestehen keine einforderbaren Beträge. Gegenüber Rückversicherungen bestehen zum Stichtag hingegen einforderbare Beträge in Höhe von -2.391,0 TEUR. Aufgrund der vergleichsweise geringen Beträge werden hierzu keine Detailinformationen gegeben.

Die Aufstellung der Solvabilität-II-Bilanz erfordert die marktwertnahe Bewertung der einzelnen Positionen. Da für die versicherungstechnischen Rückstellungen keine Marktwerte beobachtbar sind, wird ein Modellansatz verwendet. Die hier betrachteten Verträge der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Kranken- und Pflegepflichtversicherung laufen zum Teil über viele Jahrzehnte, das heißt viele Zahlungen fallen erst zu Zeitpunkten an, die weit in der Zukunft liegen. Dieser Tatsache wird bei der Bewertung dadurch Rechnung getragen, dass in der Zukunft liegende Zahlungen mit dem für diesen Zeitpunkt maßgeblichen risikolosen Zinssatz auf den Stichtag diskontiert werden. Die hierfür zu verwendenden Zinssätze werden von der europäischen Aufsichtsbehörde (EIOPA) vorgegeben.

Die zukünftigen Zahlungen in Form von Versicherungsleistungen, Kosten, Überschussbeteiligung und so weiter sind von den zufallsbedingten zukünftigen Entwicklungen sowohl des Versichertenbestandes als auch des Kapitalmarktes abhängig. Deshalb ist der Marktwert der versicherungstechnischen Rückstellung zu berechnen als Summe aus dem besten Schätzwert und einer sogenannten Risikomarge. Letztere soll sicherstellen, dass die versicherungstechnischen Verpflichtungen auch bei zufallsbedingten Abweichungen mit hoher Wahrscheinlichkeit durch den Marktwert abgedeckt sind.

Für die Berechnung des besten Schätzwertes der versicherungstechnischen Rückstellungen nach Art der Lebensversicherung wurde das inflationsneutrale Bewertungsverfahren (INBV) in der Version S017 verwendet. Die Software wurde vom Verband der Privaten Krankenversicherer (PKV-Verband) zur Verfügung gestellt. Dieses Tool soll es allen

deutschen Krankenversicherungsunternehmen ermöglichen, die von Solvabilität II geforderten Berechnungen durchzuführen. Es wird vereinfachend angenommen, dass sich die Auswirkungen der durch medizinische Inflation steigenden Versicherungsleistungen und die notwendigen Prämienanpassungen ausgleichen. Aus diesem Grund wird im INBV auf die explizite Modellierung dieser beiden Aspekte verzichtet.

In die Berechnungen fließen neben Informationen über den Versichertenbestand auch die Rechnungsgrundlagen, welche der Kalkulation der Beiträge zugrunde liegen, ein. Darüber hinaus werden auch Daten aus dem HGB-Jahresabschluss verwendet.

Die Hauptannahmen des Modells sind Annahmen zur zukünftigen Zinsentwicklung, zur Entwicklung des Versichertenbestandes sowie zu den zukünftigen Überschüssen.

Durch die Verwendung eines Standardverfahrens, des INBV und dadurch, dass Annahmen über die Zukunft zu treffen sind, ist das Ergebnis natürlicherweise mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Da das Verfahren konservativ ausgestaltet ist, wird der tatsächliche Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen jedoch nicht unterschätzt.

Gegenüber dem oben genannten Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen im Segment Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung unter Solvency II betragen die versicherungstechnischen Rückstellungen in der HGB-Bilanz 16.538.015,1 TEUR.

Im Gegensatz zur Bewertung gemäß HGB wurde zusätzlich die oben beschriebene Risikomarge und die Beteiligung der Versicherungsnehmer an zukünftig erwarteten Überschüssen berücksichtigt. Allen Berechnungen wurden realistische Annahmen zugrunde gelegt, während für den HGB-Ansatz die Rechnungsgrundlagen gemäß der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung mit ausreichenden Sicherheiten zu versehen sind. Die Abzinsung der Zahlungsströme erfolgte mit der maßgeblichen risikolosen Zinskurve anstatt – wie unter HGB vorgesehen – mit dem jeweiligen Rechnungszins.

Von den Möglichkeiten der Matching-Anpassung, Volatilitätsanpassung oder Übergangsmaßnahmen in Bezug auf die versicherungstechnischen Rückstellungen wurde zum Berichtsstichtag kein Gebrauch gemacht.

Die zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen verwendeten Methoden sind angemessen. Für die Bereitstellung der Ausgangsdaten wurden überprüfte, bereits im ALM-Prozess routinemäßig angewendete Verfahren eingesetzt. Die tatsächliche Bewertung erfolgte in einem Modell, welches vom PKV-Verband entwickelt wurde. Es stellt eine mögliche Interpretation des zum Zeitpunkt der Berechnung aktuellen Stands der Solvency II-Regelungen und der nationalen Regelungen dar.

Um die Angemessenheit der Bewertungskonzepte sicherzustellen, wird regelmäßig – mindestens jährlich – überprüft, ob es Änderung der zugrunde liegenden Verpflichtungen gibt, welche eine Anpassung der verwendeten Modelle und Methoden erfordern.

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Rentenzahlungsverpflichtungen (C0010/R0760)

Der Gesamtwert der Rentenzahlungsverpflichtungen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 beträgt 409.004,0 TEUR. Er erreicht damit nicht 3 % der Vermögenswerte der Solvency II-Bilanz der SIGNAL Kranken, sind aufgrund der Unterschiede zwischen der Jahresabschluss- und Solvabilitätsbewertung jedoch als bedeutsam interpretiert und entsprechend nachstehend beschrieben.

Die Rückstellungen für Pensionen wurden gemäß IAS 19 nach der Projected-Unit-Credit-Methode (Anwartschaftsbarwertverfahren) unter Berücksichtigung versicherungsmathematischer Parameter ermittelt. Die Berechnungen erfolgten unter Verwendung aktueller Sterbetafeln, Invaliditäts- und Fluktuationswahrscheinlichkeiten, unterstellter Gehalts- und Rentensteigerungen sowie eines realitätsnahen Rechnungszinses. Der verwendete Rechnungszins orientierte sich dabei an der Marktrendite von hochwertigen fristadäquaten Anleihen.

Die Rückstellung wurde nur in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Inventurstichtag ist der 1. Oktober des Bilanzjahres.

Als Finanzierungsendalter wurde grundsätzlich der frühestmögliche Bezug einer Vollrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung zugrunde gelegt. Falls das vereinbarte Pensionierungsalter vor dem frühestmöglichen Bezug einer Vollrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung lag, wurde das vereinbarte Pensionierungsalter verwendet.

Diese langfristigen Verpflichtungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses sind als leistungsorientierter Plan einzustufen. Die Verpflichtungen sind dementsprechend dadurch charakterisiert, dass der Arbeitgeber eine vorher festgelegte Versorgungsleistung, zum Beispiel in Form einer Rente, zusagt und das versicherungsmathematische Risiko und/oder das Risiko für die Vermögensanlage trägt.

Von den Pensionsverpflichtungen wurden als Planvermögen die Kapitalanlagen der Pensionskasse SIGNAL Versicherungen a. G. mit den beizulegenden Zeitwerten verrechnet. Diese Versorgungseinrichtung ist für die Mitarbeiter des Innen- und Außendienstes der in der SIGNAL IDUNA Gruppe eingebundenen Unternehmen eingerichtet und gewährt den Mitgliedern einen Anspruch auf Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung.

Die Bewertung erfolgt unter Verwendung von Rentenvektoren, Kommutations- und Barwerten, sodass keine separate Ermittlung des Cashflows erfolgt.

Die mit der obenstehenden Übersicht einhergehende Prognoseunsicherheit ist als unwesentlich einzuschätzen. Das sich aus diesen Unsicherheiten ergebende Abweichungsrisiko wurde hinreichend berücksichtigt, indem adäquate Bewertungsparameter verwendet werden.

Die folgende Übersicht stellt die dem leitungsorientierten Plan zugeordneten und durch die Pensionskasse SIGNAL Versicherungen a. G. verwalteten Vermögensgegenstände dar:

Art des Vermögensgegenstandes (Assetklasse)	Zugehöriger Wert in TEUR	Anteil am Gesamtplanvermögen in %
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	41.115,7	23,5
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	23.165,4	13,2
Namenschuldverschreibungen	69.221,4	39,6
Schuldscheinforderungen und Darlehen	32.964,0	18,8
Einlagen bei Kreditinstituten	8.500,0	4,9
	174.966,5	100,0

Die Aufteilung der Verpflichtung auf die einzelnen Arbeitgebergesellschaften innerhalb der SIGNAL IDUNA Gruppe bei Mehrfacharbeitsverträgen erfolgte gemäß den Beschäftigungsanteilen. Für die SIGNAL Kranken lag ein Aufteilungsschlüssel von 73,12 % zugrunde. Das zu verrechnende Planvermögen beträgt damit 127.943,0 TEUR.

Die folgenden mitarbeiterbezogenen Annahmen liegen der Solvabilitätsbewertung der Rentenzahlungsverpflichtungen zugrunde:

Mitarbeiterbezogene Annahmen	in %
Mortalitätsrate	Gemäß RT 2005 G von Heubeck
Fluktuationsrate	1,0 % (Frauen) / 1,3 % (Männer)
Invalidisierungsrate	Gemäß RT 2005 G von Heubeck
Vorruhestandsrate	Rentenbeginn im Alter von 63 J.
Anteil der unterhaltsberechtigten Angehörigen mit Anspruch auf Leistungen	Gemäß RT 2005 G von Heubeck

Die folgenden finanziellen Annahmen liegen der Solvabilitätsbewertung der Rentenzahlungsverpflichtungen zugrunde:

Finanzielle Annahmen	in %
Rechnungszins	1,9
Diskontierungssatz	1,9
Gehaltstrend	2,5
Rentensteigerung	2,0

Die mit der Kalkulation der Rückstellungen der Rentenzahlungsverpflichtungen verbundene Unsicherheit ist insgesamt als überschaubar einzuschätzen, da die genutzten Parameter als realistisch und aktuell einzustufen sind.

Die Anwendung des dargestellten Bewertungskonzeptes ist angemessen, da die Ermittlung des versicherungsmathematischen Verpflichtungsbarwerts durch die Projected-Unit-Credit-Methode die Zuordnung der Leistungen auf einzelne Dienstjahre verlangt und die Diskontierungssätze sich an den Marktzinsen orientieren.

Das Bewertungskonzept wird einer regelmäßigen Prüfung unterzogen um seine Angemessenheit sicherzustellen, indem in die Berechnung des versicherungsmathematischen Verpflichtungsbarwerts zahlreiche Trendannahmen eingehen, die sich zum Teil an Marktwerten orientieren und zum Teil unternehmensindividuell festgelegt werden. Diese Parameter sind jedes Jahr vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen erneut festzulegen.

Nach dem BilMoG wurde das Wahlrecht in Anspruch genommen, die erforderliche Zuführung zu den HGB-Rückstellungen auf maximal 15 Jahre zu verteilen. Der verwendete Rechnungszinssatz betrug 4,00 %. Der Wert der handelsrechtlichen Pensionsrückstellungen betrug 239.883,4 TEUR und lag 169.120,6 TEUR unter der Solvabilitätsbewertung. Der Unterschiedsbetrag ist auf die unterschiedlichen Rechnungszinssätze zurückzuführen.

Latente Steuerschulden (C0010/R0780)

Der Wert der latenten Steuerschulden beträgt zum 31. Dezember 2016 1.120.911,1 TEUR.

Im Zusammenhang mit darzustellenden Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen der Solvabilitätsbeurteilung ergeben sich die latenten Steuerschulden aus den temporären Differenzen zwischen den einzelnen Bilanzpositionen der Steuerbilanz und der Solvency II-Bilanz. Zur Berechnung der latenten Steuerschulden werden diese Differenzen mit einem individuellen, jeweils gültigen latenten Steuersatz bewertet. Die angewendete Bewertungsmethodik entspricht den gängigen Verfahren.

Die mit der beschriebenen Bewertungsmethodik einhergehende Unsicherheit ist insgesamt als nicht wesentlich einzuschätzen, da sowohl die Steuerbilanz als auch die HGB-Bilanz regelmäßig extern geprüft werden. Die Angemessenheit der beschriebenen Methodik wird zudem im Rahmen der Prüfung der Solvabilitätsübersicht durch den Wirtschaftsprüfer einer jährlichen Überprüfung unterzogen.

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Die Beschreibung etwaig angewandter alternativer Bewertungsmethoden findet sich direkt in den Beschreibungen der Unterabschnitte aus D.1 bis D.3.

D.5 Sonstige Angaben

Sonstige wichtige Angaben finden sich direkt in den Beschreibungen der Unterabschnitte aus D.1 bis D.3.

E. Kapitalmanagement

E.1 Eigenmittel

E.1.1 Grundsätze des Eigenmittelmanagements

Grundlage für das Eigenmittelmanagement der Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe ist die Kapitalmanagementstrategie, die sich an der Geschäfts- und Risikostrategie orientiert. Die Kapitalmanagementstrategie gibt Ziele für die Entwicklung der Eigenmittel unter Berücksichtigung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen, des Risikotragfähigkeitskonzeptes und der Ertragslage vor. Das Eigenmittelmanagement ist integraler Bestandteil des Konzernsteuerungsprozesses der SIGNAL IDUNA Gruppe.

Ausgehend von der Anforderung der Kapitalmanagementstrategie werden mittelfristige Eigenmittelpäne sowohl nach den Ergebnissen aus dem Gesamtsolvenzmodell als auch nach der aufsichtsrechtlichen Standardformel aufgestellt. Dabei setzt die Eigenmittelpänung für beide Betrachtungsebenen auf den mittelfristigen Projektionsrechnungen auf, die mit den im Konzernplan gemachten Annahmen korrespondieren. Die konkreten Eigenmittelpäne stellen die Struktur und Qualität der Eigenmittel über den Zeitraum der Geschäftsplanung von derzeit drei Jahren dar und zeigen bei Bedarf auch eventuelle Handlungsnotwendigkeiten und Gegensteuerungsmaßnahmen auf.

Für das Controlling und die unterjährige Überwachung des Eigenmittelpäns werden zum einen alle wesentlichen Veränderungen und Neuerungen mit Auswirkungen auf die Eigenmittelsituation laufend beobachtet. Zum anderen werden die konkreten Ist-Werte mit den Planwerten verglichen und analysiert. Darüber hinaus erfolgen Aktualisierungen auf der Grundlage von mittelfristigen Hochrechnungen. Durch Veränderungen bei dem Risikoprofil, den Eigenmitteln und der Bedeckungssituation oder auch durch andere Gründe können sich Anpassungen bei der Eigenmittelkonstellation ergeben. Dafür sind Einzelmaßnahmen definiert, die im Bedarfsfall zu einer beabsichtigten Erhöhung oder auch Reduzierung der Eigenmittel eingesetzt werden können.

E.1.2 Informationen zur Eigenmittelzusammensetzung

Zum Stichtag 31. Dezember 2016 belief sich der Betrag an verfügbaren Basiseigenmitteln auf 1.183.300 TEUR. Diese setzten sich zusammen aus den Positionen Überschussfonds (349.723 TEUR) und Ausgleichsrücklage (833.577 TEUR).

Die Eigenmittelbestandteile Überschussfonds und Ausgleichsrücklage sind unter Berücksichtigung der in den Leitlinien beschriebenen Merkmalen zur Einstufung der Eigenmittel der höchsten Qualität (Tier 1) zuzuordnen. Somit sind alle Basiseigenmittelbestandteile in voller Höhe zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung und der Mindestkapitalanforderung anrechenbar.

E.1.3 Bewertungsunterschiede zwischen der lokalen Rechnungslegung und Solvency II

Das Eigenkapital des nach HGB bilanzierten Jahresabschlusses belief sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 auf 577.643 TEUR. Es setzte sich zusammen aus den HGB-Eigenkapitalpositionen Verlustrücklage (367.000 TEUR) und Andere Gewinnrücklagen (210.643 TEUR).

Im Rahmen der Berechnung der Eigenmittel nach Solvency II stellt die nach den aufsichtsrechtlichen Bewertungsprinzipien aufgestellte Marktwertbilanz den Ausgangspunkt dar, wobei sich im Vergleich zur HGB-Bilanz vor allem bei

den Kapitalanlagen und den versicherungstechnischen Rückstellungen hohe Unterschiede aufgrund der unterschiedlichen Bewertungsprinzipien ergeben. Die wesentlichen Bewertungsunterschiede bei den Bilanzpositionen wurden bereits in vorangegangenen Kapiteln dieses Berichts erläutert. Nach der so ermittelten Solvency II-Bilanz betrug der Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten 1.183.300 TEUR.

E.1.4 Übersicht der Basiseigenmittel aus Übergangsmaßnahmen

Eigenmittel aus Übergangsmaßnahmen wurden nicht angesetzt.

E.1.5 Übersicht der ergänzenden Eigenmittel

Ergänzende Eigenmittel wurden nicht angesetzt.

E.1.6 Übersicht der Abzugspositionen

Abzugsposten waren nicht zu berücksichtigen.

E.1.7 Informationen zum Verlustausgleichsmechanismus

Hierzu ergaben sich keine berichtspflichtigen Angaben.

E.1.8 Erläuterungen zum Ausgleichssaldo

In der Position Ausgleichsrücklage waren implizit die Gewinnrücklagen (577.643 TEUR) enthalten, bei denen bereits die Zuführung aus dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2016 berücksichtigt war. Die Mittel der Ausgleichsrücklage stehen uneingeschränkt für mögliche Verlustausgleiche und als Eigenmittelbestandteil zur Verfügung.

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Aufgrund der Fristenregelung wurde vor Veröffentlichung dieses Berichtes keine aufsichtliche Prüfung der Berechnungen der Solvabilitätskapitalanforderung vorgenommen, so dass der endgültige Betrag noch der Prüfung unterliegt.

E.2.1 Detaildarstellung zur Solvenzkapitalanforderung

Die nachstehende Tabelle zeigt die SCR-Zusammensetzung nach Risikokategorien, wobei das Marktrisiko, das versicherungstechnische Risiko Gesundheit sowie das operationelle Risiko für die SIGNAL Kranken von wesentlicher Bedeutung sind:

Risikokategorien	31.12.2016 TEUR
Marktrisiko	1.506.067,6
Gegenparteausfallrisiko	59.435,1
Lebensversicherungstechnisches Risiko	0,0
Krankenversicherungstechnisches Risiko	508.980,9
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	0,0
Diversifikation	-349.955,9
BSCR	1.724.527,7
Operationelles Risiko	85.036,2
Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellung	-1.538.762,3
Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern	-38.473,0
SCR	232.328,6

E.2.2 Detaildarstellung zur Mindestkapitalanforderung

Die Mindestkapitalanforderung (MCR) der SIGNAL Kranken belief sich auf 45 % des SCR und betrug zum 31. Dezember 2016 TEUR 104.548.

E.2.3 Angaben zu vereinfachten Berechnungen

Es wurden keine vereinfachten Berechnungen angewendet.

E.2.4 Angaben zu unternehmensspezifischen Parametern und Kapitalaufschlägen

Unternehmensspezifische Parameter werden nicht zur Berechnung der Solvabilität mit Hilfe der Standardformel verwendet. Weiterhin hat die BaFin keinen Kapitalaufschlag auferlegt.

E.2.5 Bei der Berechnung der Mindestkapitalanforderung verwendete Inputs

Aufgrund der Größe der SIGNAL Kranken lag das MCR deutlich über der absoluten Untergrenze für das MCR und berechnete sich somit aus dem linearen MCR, das auf 25 bis 45 % des SCR begrenzt ist. Somit betrug es 45 % des SCR (siehe Kapitel E.2.2).

E.2.6 Änderungen der Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung im Berichtszeitraum

Bei der SIGNAL IDUNA Gruppe werden Änderungen des Gesamt-SCR um 15 % als wesentlich angesehen.

Das Gesamt-SCR der SIGNAL Kranken ist unterjährig temporär um mehr als 15 % angestiegen. Ursächlich hierfür war primär ein Anstieg des Marktrisikos und innerhalb dieser Risikokategorie der Anstieg des Zinsrisikos. Letzterer steht in Zusammenhang mit der Entwicklung der Zinsen am Kapitalmarkt. Mit der im 4. Quartal 2016 zu beobachtenden leichten Erholung der Zinsen, ist auch das Zinsrisiko der SIGNAL Kranken wieder rückläufig und das Gesamt-SCR liegt nur noch unwesentlich über dem zu Jahresbeginn. Die Höhe der Mindestkapitalanforderung verlief parallel zur Solvenzkapitalanforderung.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko gem. Art. 304 der EU-Richtlinie 2009/138/EG wurde zum Berichtstichtag nicht angewendet.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwaig verwendeten internen Modellen

Ein internes Model wurde nicht eingesetzt.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Die Mindestkapitalanforderung sowie die Solvenzkapitalanforderung wurden im gesamten Berichtszeitraum eingehalten.

E.6 Sonstige Angaben

Über die in diesem Kapitel dargestellten Informationen hinaus erfolgen keine weiteren Ausführungen.

Anlagen

Im Anhang sind die Meldebögen (QRTs) gemäß Artikel 4 der Durchführungsverordnung 2015/2452 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards hinsichtlich der Verfahren und Formate abgebildet. Die Darstellung der Werte erfolgt in der Einheit „Tausend Euro“ ohne Nachkommastellen. Es werden lediglich die Meldebögen dargestellt, in denen Werte enthalten sind.

S.02.01.02 Bilanz

Versicherungsunternehmen: SIGNAL Krankenversicherung a.G.

Stichtag: 12/31/2016

S.02.01.02.01 Bilanz**Solvabilität-II-Wert**

C0010

Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte	R0030	0
Latente Steueransprüche	R0040	1.082.438
Überschuss bei den Altersvorsorgungsleistungen	R0050	0
Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf	R0060	16.758
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	R0070	19.697.537
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	R0080	20.353
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	R0090	817.490
Aktien	R0100	55
Aktien – notiert	R0110	0
Aktien – nicht notiert	R0120	55
Anleihen	R0130	12.797.122
Staatsanleihen	R0140	4.181.533
Unternehmensanleihen	R0150	8.615.589
Strukturierte Schuldtitel	R0160	0
Besicherte Wertpapiere	R0170	0
Organismen für gemeinsame Anlagen	R0180	5.375.063
Derivate	R0190	1.751
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	R0200	685.703
Sonstige Anlagen	R0210	0
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	R0220	0
Darlehen und Hypotheken	R0230	1.186.503
Policendarlehen	R0240	0
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	R0250	522.472
Sonstige Darlehen und Hypotheken	R0260	664.031
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von: Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0270	-2.400
Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen	R0280	-9
Nichtlebensversicherungen außer nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0290	0
Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0300	-9
Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0310	-2.391
Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0320	-2.391
Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden	R0330	
Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden	R0340	
Depotforderungen	R0350	0
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0360	18.815
Forderungen gegenüber Rückversicherern	R0370	199
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	R0380	74.018
Eigene Anteile (direkt gehalten)	R0390	0
In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel	R0400	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	R0410	19.380
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	R0420	7.800
Vermögenswerte insgesamt	R0500	22.101.048

S.02.01.02 Bilanz

Versicherungsunternehmen: SIGNAL Krankenversicherung a.G.

Stichtag: 12/31/2016

S.02.01.02.01 Bilanz**Solvabilität-II-Wert**

C0010

Verbindlichkeiten

Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung	R0510	161
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	R0520	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0530	
Bester Schätzwert	R0540	
Risikomarge	R0550	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)	R0560	161
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0570	
Bester Schätzwert	R0580	-231
Risikomarge	R0590	391
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0600	19.158.213
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	R0610	19.158.213
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0620	
Bester Schätzwert	R0630	18.896.926
Risikomarge	R0640	261.287
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0650	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0660	
Bester Schätzwert	R0670	
Risikomarge	R0680	
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	R0690	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0700	
Bester Schätzwert	R0710	
Risikomarge	R0720	
Eventualverbindlichkeiten	R0740	0
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	R0750	151.818
Rentenzahlungsverpflichtungen	R0760	409.004
Depotverbindlichkeiten	R0770	0
Latente Steuerschulden	R0780	1.120.911
Derivate	R0790	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800	152
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0810	0
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820	13.799
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830	390
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840	390
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0850	0
Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0860	0
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0870	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	R0880	62.911
Verbindlichkeiten insgesamt	R0900	20.917.748
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R1000	1.183.300

S.12.01.02 Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

Versicherungsunternehmen: SIGNAL Krankenversicherung a.G.

Stichtag: 12/31/2016

S.12.01.02.01 Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

Versicherung mit Überschussbeteiligung	Inde - und fondsgebundene Versicherung			Sonstige Lebensversicherung			Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen)	In Rückdeckung übernommenes Geschäft	Gesamt (Lebensversicherung außer Krankenversicherung, einschl. fondsgebundenes Geschäft)	Krankenversicherung (Direktversicherungsgeschäft)			Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	Krankenrückversicherung (in Rückdeckung übernommenes Geschäft)	Gesamt (Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung)	
	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070				C0080	C0090	C0100				C0150
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010															
Gesamthöhe der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0020															
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge																
Besten Schätzwert																
Besten Schätzwert (brutto)	R0030												18.896.926			18.896.926
Gesamthöhe der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen	R0080												-2.391			-2.391
Besten Schätzwert abzüglich der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0090												18.899.317			18.899.317
Risikomarge	R0100											261.287				261.287
Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen																
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0110															
Besten Schätzwert	R0120															
Risikomarge	R0130															
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0200											19.158.213				19.158.213

S.19.01.21 Ansprüche aus Nichtlebensversicherungen

Versicherungsunternehmen: SIGNAL Krankenversicherung a.G.

Stichtag: 12/31/2016

Z-A is

Z0020: Schadenjahr

S.19.01.21.01 Bezahlte Bruttoschäden (nicht kumuliert, absoluter Betrag) - Entwicklungs ahr

ahr		0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100	C0110
Vor	R0100											0
N-9	R0160											
N-8	R0170											
N-7	R0180											
N-6	R0190											
N-5	R0200	974	970									
N-4	R0210	832	154									
N-3	R0220	599	127									
N-2	R0230	490	140									
N-1	R0240	727	87									
N	R0250	321										

S.19.01.21.02 Bezahlte Bruttoschäden (nicht kumuliert) - im laufenden ahr, Summe der ahre (kumuliert)

		im laufenden ahr	Summe der ahre (kumuliert)
		C0170	C0180
Vor	R0100		
N-9	R0160		
N-8	R0170		
N-7	R0180		
N-6	R0190		
N-5	R0200		1.944
N-4	R0210		986
N-3	R0220		726
N-2	R0230		630
N-1	R0240	87	814
N	R0250	321	321
Gesamt	R0260	407	5.420

S.19.01.21.03 Bester Schätzwert (brutto) für nicht abgezinste Schadenrückstellungen (absoluter Betrag) - Entwicklungs ahr

ahr		0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
		C0200	C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280	C0290	C0300
Vor	R0100											0
N-9	R0160											
N-8	R0170											
N-7	R0180											
N-6	R0190											
N-5	R0200											
N-4	R0210											
N-3	R0220											
N-2	R0230											
N-1	R0240											
N	R0250	101										

S.19.01.21.04 Bester Schätzwert (brutto) für nicht abgezinste Schadenrückstellungen - ahresende (abgezinste Daten)

		ahresende (abgezinste Daten)
		C0360
Vor	R0100	
N-9	R0160	
N-8	R0170	
N-7	R0180	
N-6	R0190	
N-5	R0200	
N-4	R0210	
N-3	R0220	
N-2	R0230	
N-1	R0240	
N	R0250	101
Gesamt	R0260	101

S.23.01.01 Eigenmittel

Versicherungsunternehmen: SIGNAL Krankenversicherung a.G.

Stichtag: 12/31/2016

S.23.01.01.01 Eigenmittel
Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne von Artikel 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35

Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	R0010
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	R0030
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen	R0040
Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit	R0050
Überschussfonds	R0070
Vorzugsaktien	R0090
Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio	R0110
Ausgleichsrücklage	R0130
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0140
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche	R0160
Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden	R0180

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Abzüge

Abzug für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten	R0230
Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen	R0290

Ergänzende Eigenmittel

Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann	R0300
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können	R0310
Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können	R0320
Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen	R0330
Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG	R0340
Anderere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG	R0350
Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG	R0360
Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG	R0370
Sonstige ergänzende Eigenmittel	R0390
Ergänzende Eigenmittel gesamt	R0400

Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	R0500
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	R0510
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	R0540
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	R0550
SCR	R0580
MCR	R0600
Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR	R0620
Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR	R0640

	Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
R0010	0	0		0	
R0030	0	0		0	
R0040	0	0			
R0050	0		0	0	0
R0070	349.723	349.723			
R0090	0		0	0	0
R0110	0		0	0	0
R0130	833.577	833.577			
R0140	0		0	0	0
R0160	0				0
R0180	0				0
R0220	0				
R0230	0	0	0	0	0
R0290	1.183.300	1.183.300	0	0	0
R0300	0			0	
R0310	0			0	
R0320	0			0	0
R0330	0			0	0
R0340	0			0	
R0350	0			0	0
R0360	0			0	
R0370	0			0	0
R0390	0			0	0
R0400	0			0	0
R0500	1.183.300	1.183.300	0	0	0
R0510	1.183.300	1.183.300	0	0	
R0540	1.183.300	1.183.300	0	0	0
R0550	1.183.300	1.183.300	0	0	
R0580	232.329				
R0600	104.548				
R0620	509,32%				
R0640	1.131,83%				

S.23.01.01 Eigenmittel

Versicherungsunternehmen: SIGNAL Krankenversicherung a.G.

Stichtag: 12/31/2016

S.23.01.01.02 Ausgleichsrücklage

		C0060
Ausgleichsrücklage		
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R0700	1.183.300
Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)	R0710	0
Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte	R0720	0
Sonstige Basiseigenmittelbestandteile	R0730	349.723
Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden	R0740	0
Ausgleichsrücklage - gesamt	R0760	833.577
Erwartete Gewinne		
Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung	R0770	232.464
Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung	R0780	0
Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP)	R0790	232.464

S.25.01.21: Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden

Versicherungsunternehmen: SIGNAL Krankenversicherung a.G.

Stichtag: 12/31/2016

S.25.01.21.01 Basissolvvenzkapitalanforderung

		Brutto-Solvvenzkapitalanforderung	USP	Vereinfachungen
		C0110	C0080	C0090
Marktrisiko	R0010	1.506.068		
Gegenparteausfallrisiko	R0020	59.435		
Lebensversicherungstechnisches Risiko	R0030	0	Keine	
Krankenversicherungstechnisches Risiko	R0040	508.981	Keine	
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	R0050	0	Keine	
Diversifikation	R0060	-349.956		
Risiko immaterieller Vermögenswerte	R0070	0		
Basissolvvenzkapitalanforderung	R0100	1.724.528		

S.25.01.21.02 Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

		Wert
		C0100
Operationelles Risiko	R0130	85.036
Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen	R0140	-1.538.762
Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern	R0150	-38.473
Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG	R0160	0
Solvvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag	R0200	232.329
Kapitalaufschlag bereits festgesetzt	R0210	0
Solvvenzkapitalanforderung	R0220	232.329
Weitere Angaben zur SCR		
Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko	R0400	0
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für den übrigen Teil	R0410	0
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände	R0420	
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios	R0430	0
Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304	R0440	0

S.28.01.01: Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit

Versicherungsunternehmen: SIGNAL Krankenversicherung a.G.

Stichtag: 12/31/2016

S.28.01.01.01 Bestandteil der linearen Formel für Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

		C0010
MCR(NL)-Ergebnis	R0010	40

S.28.01.01.02 Intergrundinformationen

		Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gebuchte Prämien (nach Abzug der Rückversicherung) in den letzten zwölf Monaten
		C0020	C0030
Krankheitskostenversicherung und proportionale Rückversicherung	R0020	0	845
Einkommensersatzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0030	0	0
Arbeitsunfallversicherung und proportionale Rückversicherung	R0040	0	0
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0050	0	0
Sonstige Kraftfahrtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0060	0	0
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und proportionale Rückversicherung	R0070	0	0
Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung	R0080	0	0
Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0090	0	0
Kredit- und Kautionsversicherung und proportionale Rückversicherung	R0100	0	0
Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0110	0	0
Beistand und proportionale Rückversicherung	R0120	0	0
Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung	R0130	0	0
Nichtproportionale Krankenrückversicherung	R0140	0	0
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	R0150	0	0
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	R0160	0	0
Nichtproportionale Sachrückversicherung	R0170	0	0

S.28.01.01.03 Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

		C0040
MCR(L)-Ergebnis	R0200	390.395

S.28.01.01.04 Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen

		Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gesamtes Risikokapital (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft)
		C0050	C0060
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen	R0210	15.428.763	
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen	R0220	3.470.553	
Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen	R0230	0	
Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen	R0240	0	
Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen	R0250		0

S.28.01.01.05 Berechnung der Gesamt-MCR

		C0070
Lineare MCR	R0300	390.435
SCR	R0310	232.329
MCR-Obergrenze	R0320	104.548
MCR-Untergrenze	R0330	58.082
Kombinierte MCR	R0340	104.548
Absolute Untergrenze der MCR	R0350	2.500
Mindestkapitalanforderung	R0400	104.548